### **Brave New World Teil II**

# 2. Unkontrollierte Einwanderung, organisierte Kriminalität und Rechtsstaat

## a. Lebensformen, erzwungene Ehen, Kinderehen

Pathetische Reden, Belehrungswut<sup>1</sup> und Leerformeln verzerren auch hier die öffentliche Kommunikation. "Der Islam gehört zu Deutschland", sagte ein glückloser Bundespräsident und erhielt dafür mehrtägiges Dauerlob in allen Medien. Stellen wir es klar: Wenn von einem aufgeklärten Staats- und Gesellschaftsbegriff ausgegangen wird, gehören zu Deutschland alle Personen, die loyal zu Staat und Gesellschaft stehen, das Rechtssystem akzeptieren und ein Mindestmaß an kultureller Anpassung an die modernen Leistungs- und Wertvorstellungen erbringen. Mehr Leitkultur muss nicht sein. Integration in diesem Sinn braucht kein Ministerium und keine Bürokratie, sondern ist eine Bringschuld. Das sagt auch Emitis Pohl, die in einem erfrischenden Beitrag in Focus Online ihr Buch zum Thema vorstellt. Frau Pohl ist als Kind aus dem Iran eingewandert.<sup>2</sup> In wenigen Ländern ist es leichter, diese Bringschuld zu erfüllen. Es gibt in Deutschland Christen und Moslems aller Art, Vegetarier, Tierschützer, Atheisten, LGBQs, Fußballfans, Taubenzüchter und, wie der Verfasser dieser Zeilen, passionierte Zigarrenraucher. Das sind private Neigungen, denen in einem freien Land jeder nachgehen kann, soweit er andere in ihren Rechten nicht einschränkt. Es bedarf keiner Betonung, dass sie zu Deutschland gehören. Auch ein Großteil der Einwanderer hat sich problemlos integriert und fällt weiter nicht auf. Viele Migrantinnen und Migranten auch aus islamisch geprägten Ländern bringen schon eine säkulare Einstellung mit oder haben auch unabhängig von der religiösen Orientierung bedingt durch soziale Lage und Sozialisation faktisch keine Integrationsprobleme.<sup>3</sup>

Toleranz im Sinne der Aufklärung beruht auf Reziprozität. Wo wechselseitige Akzeptanz und Anerkennung fehlen, hat Toleranz ausgespielt. Da helfen keine Sonntagsreden. In diesem Sinn stellt eine unkontrollierte Einwanderung eine Bedrohung des sozialen Friedens und der öffentlichen Ordnung dar. Es sind oft keine Individuen oder Kleinfamilien, die einwandern. Einwanderung geschieht häufig durch arrangierte Ehen auf Clanebene. Die gemütliche Bezeichnung "Familienzusammenführung" wird diesen Vorgängen in keiner Weise gerecht. Ein beträchtlicher Teil der Einwanderer ist in vorindustriellen, archaischen Clan- und Familienverbänden sozialisiert. Diese sind streng hierarchisch strukturiert. Loyalität zu diesen Verwandtschaftsverbänden wird mit erheblichem sozialem Druck und mit Gewalt erzwungen und stellt ein kaum überwindbares Hindernis für die Integration in eine moderne Erwerbs- und Wertegesellschaft dar. Das räumt auch die Integrationsbeauftragte der Unionsfraktion im Bundestag, Cemile Giousouf, ein. Sie kommentiert eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Universität Maribor in Slowenien. Michael Martens zitiert aus der Studie über Jugendliche in Südosteuropa:

"Ein großer Teil der Heranwachsenden , (…) ist wenig tolerant und zeigt nur eine geringe Bereitschaft sich politisch zu engagieren', heißt es in der Auswertung der Befragung. Die Jugend in Südosteuropa sei 'nur bedingt in der Lage, soziale oder kulturelle Unterschiede zu

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Z.B. hat die ARD am 22.11. 2015 die angekündigte Tatortfolge "Der große Schmerz" wahrscheinlich aus volkspädagogischen Gründen zunächst nicht ausgestrahlt. Es geht in dem Film offenbar um den kriminellen Clanchef Firat Astan. Man fürchtete wohl, die unmündigen Zuschauer könnten eine Verbindung zwischen Kriminalität, Zuwanderung und Terror herstellen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Pohl, Emitis: Erwartet ihr denn nichts von den Flüchtlingen? – Ich schon! in: Focus Online 14.10. 2016

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Dazu z.B. Gholami, Reza: Secularism and Identity. Non-Islamiosity in the Iranian Diaspora. Ashgate, UK 2014

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> FAZ 10.August 2015

akzeptieren', lautet die butterweiche Schlussfolgerung, bevor etwas deutlicher festgestellt wird, die Untersuchungsergebnisse stellten 'die verbreitete Vermutung in Frage, Heranwachsende seien progressiver und toleranter eingestellt als ihre Eltern und Großeltern.' Tatsächlich seien für junge Menschen in Südosteuropa 'Fragen der Ehre' nämlich wichtiger 'als Werte der Toleranz und der Kooperation.'"<sup>5</sup>

42

Die Schlussfolgerungen sind in der Tat "butterweich." Lehrerinnen und Lehrer, die Augen und Ohren offen halten, erleben täglich die Auswirkungen. Auf der mehrtägigen Schulfahrt einer 7. Klasse schrieben sich Kinder in der Frühpubertät harmlose "Liebesbriefchen". Eine junge Albanerin kommentierte das gegenüber der begleitenden Kollegin und mir lakonisch:

"Das gibt es bei uns nicht. Wenn meine ältere Schwester sich verknallen würde, würde der Vater sie verprügeln, bis es weg ist."

Der Vater gab der Mutter kein Geld und verprügelte sie, wenn am Abend kein Essen bereitet war. Ein Bruder, der eine andere Schule besuchte, hatte eine Schusswaffe mit in den Unterricht genommen. Ab der 9. Klasse arbeitete die junge Frau systematisch auf das Abitur und den Ausstieg aus dem "Wahnsinn", wie sie es nannte, hin. Das Verbot von Zwangsehen ist in Deutschland kaum durchsetzbar, weil sie oft im Ausland geschlossen werden. Nach einer Meldung der Zeitschrift "Stern" geht die Frauenrechtsorganisation "Terres des Femmes" von 3.443 drohenden oder vollzogenen Fällen von Zwangsehen pro Jahr in Deutschland aus. Eine junge Frau aus einer wohlhabenden, eher säkular eingestellten türkisch-iranischen Familie verließ an ihrem 16. Geburtstag die Schule und wurde, nach eigener Aussage, in Deutschland gegen ihren Willen mit ihrem Cousin verheiratet. Das hatte sie angekündigt und war todunglücklich. Meinen naiven Hinweis, sie könne nicht gezwungen werden, kommentierte sie mit der Frage, ob sie bis zum Abitur in der Notaufnahme des Jugendamts wohnen solle. Die junge Frau war hochbegabt und sehr erfolgreich in der Schule, konnte sich aber den Druck der Familie nicht entziehen. Focus online meldete am 19.5. 2016, dass es unter den eingetroffenen Asylbewerbern zahlreiche Männer gibt, die mit Minderjährigen verheiratet sind. Das sei Pädophilie, stellte eine sozialdemokratische Politikerin in Dänemark fest. Der Imam Osama El-Saadi, wohnhaft in Aarhus, Dänemark, sieht das anders. Er fordert die Anerkennung der Ehen. Klare Fälle von Bigamie werden in Deutschland geduldet, obwohl es sich um einen Straftatbestand handelt. Die Zeitung "Die Welt" nennt Zahlen aus einigen Bundesländern zu Ehen erwachsener Männer mit Mädchen unter 16 Jahren: Bayern 161 Fälle; Baden-Württemberg etwa 177 Fälle; Rheinland-Pfalz 130-150 Fälle. Ehen, die von einem Imam oder einem Sinto- oder Romdruiden geschlossen werden, sind rechtlich ungültig wie der Vertrag zwischen einer Prostituierten und dem Freier. Wobei die letzte Regelung durchaus fragwürdig ist, weil die Position der Prostituierten geschwächt wird. Sie können keine Zahlungen einklagen. Ist sexueller Verkehr zwischen einem Erwachsenen und einer Minderjährigen die faktische Folge der jeweiligen Ritualhandlung, so liegen pädophile Handlungen vulgo Kinderschändung und sexueller Missbrauch von Seiten des Erwachsenen vor. Geistliche oder Führer, welche diese Ehe geschlossen haben, machen sich der Förderung der Kinderprostitution und des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen schuldig. In jedem Fall handelt es sich um schwere, strafrechtlich relevante Vergehen, egal ob die Beteiligten und Betroffenen das einsehen oder nicht. Solange Recht im Namen des Volkes gesprochen wird, dürfen Justiz und Gesetzgebung bei aller berechtigten Professionalisierung den gesunden Menschenverstand nicht aus den Augen verlieren. Das Verbot der Bigamie und das Verbot von Kinderehen sind

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Martens, Michael: Westeuropa und Resteuropa. In: FAZ 10. August 2015 p.3

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Stern Online 10. 1 2016 "Experten sehen Parallelgesellschaften mit eigenen Gesetzen". Der Beitrag enthält keine genauen Angaben zur Datenerhebung.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Die Welt Online 14.8. 2016; eingesehen am 21.8. 2016

43

nicht diskutierbare Grundlagen unserer Zivilisation und des Rechtsstaates. Wer sie nicht ernst nimmt, sollte sich gut überlegen, was er tut. Rechtsabwägungen und Ausnahmeregelungen stellen den Rechtsstaat in Frage, weil gleiches Recht für alle gelten muss.

Das mag auch Inger Støjberg gedacht haben. Ihr wird vorgehalten, als dänische Integrationsministerin ein minderjähriges Mädchen von ihrem "Ehemann" getrennt zu haben. Dafür muss sie sich jetzt vor Gericht verantworten. Das ist in Dänemark möglich, wo man ja in Fragen der Ausländerpolitik noch nicht bar jeden Realitätssinns ist.<sup>8</sup> Betrachtet man als juristischer Laie Urteile zu Ehen mit Minderjährigen in Deutschland, drängt sich das Gefühl auf, es bestehen dringender legislativer Handlungsbedarf. Die jüngsten mir bekanntgewordenen Mädchen waren 12½ und 13 Jahre alt, als sie verheiratet wurden. Der VGH Mannheim erklärte die Ehe eines Kindes, das bei der Eheschließung 13 Jahre alt war, mit einem zu dieser Zeit 29 jährigen Mann für gültig.<sup>9</sup>

Monika Mitchell von der Organisation Terre-des-Femmes geht von einem erheblichen Dunkelfeld bei religiös und sozial geschlossenen Ehen aus. Die Praxis sei weit verbreitet, obwohl den Jugendämtern kaum belastbare Erkenntnisse vorlägen. <sup>10</sup> Man kann nur hoffen, dass ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts in dieser Angelegenheit bald Klarheit schafft. Das Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen vom Juli 2017 steht auf dem Prüfstand. Der Bundesgerichtshof sieht es in einem Urteil vom Dezember 2018 als verfassungswidrig an. Das Kindeswohl und der Schutz der Ehe werden nach Meinung des Gerichts verletzt. 11 Der juristische Laie darf sich wohl fragen, wie eine Ehe, die nach deutschem Recht nicht als geschlossen gelten kann, schutzwürdig sein soll, und wie das Kindeswohl in einer solchen Horrorehe geschützt werden soll, wenn schon die Mutter ein Missbrauchsopfer ist. Unseren Gerichten kann man nur empfehlen, sich mit der Realität verbreiteter Ehepraktiken in der islamischen Welt zu befassen, anstatt sich in abstrakten Rechtsabwägungen zu ergehen. Verheiratete Kinder sind rechtlos. Ehen werden so schnell geschieden wie geschlossen. Im Iran können Männer Ehen mit Kinder auf Zeit eingehen (Dauer von fünfzehn Minuten bis 99 Jahre). Die Ehemänner verbringen diese Kinder nicht selten zur Prostitution in die Türkei, in den Irak oder nach Europa. Entziehen sie sich der Gewalt, können sie im Iran wegen Ehebruch hingerichtet werden. So erging es der sechzehnjährigen Atefeh Sahaaleh. Im Alter von 13 Jahren wurde sie wegen angeblicher Unzucht ausgepeitscht und kurzfristig eingesperrt. Als sie darauf bestand, Opfer einer Vergewaltigung zu sein, wurde sie 2006 öffentlich aufgehängt.<sup>12</sup> Zwei Anwältinnen haben auf Anfrage des BVG eine Stellungnahme zur Kinderehen verfasst. Sie zeugt von einer erfreulichen, auch für den juristischen Laien nachvollziehbaren Realitätsnähe und Praktikabilität. Die Autorinne betonen, dass bei der Verheiratung von Mädchen unter 16 Jahren eine grundsätzliche Asymmetrie der Machtverhältnisse vorliegt, die eine freie Willensentscheidung praktisch ausschließt.

<sup>8</sup> Spiegel online (2. September 2021): Frühere dänische Integrationsministerin steht vor Gericht. <a href="https://www.spiegel.de./ausland/inger-stoiberg-frühere-daenische-integrarionsministerin-steht-vor-gericht-a-04d3648e-65e5-4090-8c28-fcb209a8">https://www.spiegel.de./ausland/inger-stoiberg-frühere-daenische-integrarionsministerin-steht-vor-gericht-a-04d3648e-65e5-4090-8c28-fcb209a8</a>

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Düsing, Mechtild; Wittmann, Antje: Minderjährigenehen unter 16 Jahren sind nichtig – darf der Gesetzgeber das anordnen? AnwBI Online 2020 p.446-455 hier p.447 VGH Mannheim Urteil vom 11. Januar 2006, Az. 13 S 2345/o5, juris

Menkens, Sabine: Staat machtlos? "Jedes Wochenende wird eine Minderjährigen-Ehe in Deutschland geschlossen." in. Welt Online 16.9. 2020 p.4f <a href="https://www.welt.de/politik/deutschland/article215834766/Staat-machtlos-Jedes-Wochenende-wird-Minderjaehrigen-Ehe-geschlossen.html">https://www.welt.de/politik/deutschland/article215834766/Staat-machtlos-Jedes-Wochenende-wird-Minderjaehrigen-Ehe-geschlossen.html</a>

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Menkens (Welt) 2020 p.4; Legal Tribune Online (LTO): BGH bestätigt mit 16 geschlossene Ehe (14. 08. 2020)

https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/bgh-xii-zb-131-20-keine-aufhebung-ehe-minderjaeherig-16-jaehrigeverfassungskonforme-auslegung/

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Alavi, Roksana: Identifying Human Trafficking Victims under the Sharia Law in Iran. in: Bryson Clark: Poucki (2019) p.383-396 hier p. 386

"Diese Ehen werden häufig innerhalb der Familie abgesprochen und an den Mädchen "vollzogen". 13

Ja, so stellen die Autorinnen fest, die gesetzliche Regelung darf eine Typisierung beinhalten: Ehen mit Minderjährigen unter 16 Jahren sind grundsätzlich ungültig. Die näheren Umstände des besonderen Falls spielen keine oder nur eine untergeordnete Rolle.

"Die Befugnis zur Typisierung bedeutet, dass Lebenssachverhalte im Hinblick auf wesentliche Gemeinsamkeiten normativ zusammengefasst und dabei Besonderheiten, die im Tatsächlichen durchaus bekannt oder absehbar sind, generalisierend vernachlässigt werden dürfen."<sup>14</sup>

Hier wird eine Regelung in Vorschlag gebracht, die ohne endlose Abwägungen klare Rechtsverhältnisse und Rechtssicherheit schafft. Das Urteil des BVG steht noch aus (Nov. 2021).

#### b. Parallelwelten und rechtsfreie Räume

Die oben erwähnte Studie stellt fest: 60 % der jungen Kosovaren bringen den "religiösen Führern" das größte Vertrauen entgegen. Bei Erwachsenen bietet sich ein ähnliches Bild. Das zeigt eine Umfrage unter Muslimen in Belgien. 33 % der Befragten lehnen die westliche Kultur und ihre Sitten ab. 29 % erachten göttliches Recht höher als die belgischen Gesetze. 34 % träumen von einem politischen System, das sich am Koran orientiert.<sup>15</sup>

Solche Orientierungen und eine agonale Grundhaltung, das zeigt die Alltagserfahrung, äußern sich u.a. in einer Gewaltbereitschaft, verbal und handgreiflich, die Großstadtschulen zu den politisch unkorrektesten öffentlichen Institutionen in unserem Land macht, um es euphemistisch auszudrücken. Die Zeitung "Die Welt" berichtet in ihrer Online – Ausgabe am 8. September 2016, dass sich Lehrerinnen und Lehrer zu Verbalinjurien an deutschen Schulen zu Wort gemeldet haben. Gemessen an meiner Berufserfahrung an einer deutschen Großstadtschule sind die hier geschilderten Verhältnisse fast schon harmlos zu nennen. <sup>16</sup> Das sind die Tatsachen, die nur gefiltert an die Öffentlichkeit dringen. Die Soziologin Necla Kelek hat in ihren Veröffentlichungen mit Nachdruck auf diese Verhältnisse hingewiesen, findet aber leider wegen ihrer konsequent säkular-laizistischen Grundhaltung nicht überall Zustimmung. Worte wie Zwangsverheiratung werden leicht ausgesprochen. Vergessen wird oft, dass sich dahinter nach modernen, aufgeklärten Grundsätzen beurteilt Formen extremer Gewalt und Unfreiheit verbergen. Michael Mertens stellt sarkastisch fest:

"… eine Mehrheit der jungen Zuwanderer vom Balkan lehnt die Werte, die im gutbürgerlichliberalen Milieu von Berlin Mitte oder im Sarah-Wagenknecht-Paralleluniversum für multiethnisch-selbstverständlich gehalten werden, entschieden ab."<sup>17</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Düsing; Wittmann (2020) p.450

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Düsing; Wittmann (2020) p.451

Blogie ,Élodie; L'incompréhension de la majorité musulmane face à ses extrêmes.in Le Soir 9.1. 2017 "Ansi, 33 % des musulmanes de Belgique disent ne pas aimer la culture et les moers occidentales, 29 % d'entre eux placent les lois divines au-dessus des lois belges et 34 % rêvent d'un système politique inspriré du Coran."

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Lehrer schreiben Manifest gegen verrohte Schüler. Die Welt Online 8. September 2016

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Martens: FAZ 10. August 2015 p.3

45

Das Problem des islamistischen Radikalismus an Schulen hat jüngst die Hamburger Linksfraktion erkannt. Oft seien bereits die Eltern radikalisiert, heißt es im Bericht des Berliner Tagesspiegel. Es ist erfreulich, dass ein Problem erkannt wurde. Der Lösungsvorschlag ist allerdings von anrührender Schlichtheit. Mit ungetrübtem pädagogischen Optimismus fordert die Fraktion der Hamburger Linken "Fortbildungsangebote für Lehrer."<sup>18</sup> Mit vermeintlich politisch korrekter Sprachakrobatik, Sitzkreisen und Spielchen zur Streitschlichtung wir man diesen Verhältnissen nicht beikommen.

Außerhalb der Arbeitswelt sind analog zur Deregulierung arbeitsrechtlicher Standards durch staatliche Unterstützung und gedankenlose Duldung durch eine weitgehend medial gleichgeschaltete Öffentlichkeit segregierte Lebensbereiche entstanden. Diese werden mit modernen, auf individuelle Rechte und Pflichten ausgerichteten Rechtsverhältnissen nur unzureichend erfasst. Ein Beispiel: In NRW hat die Polizei laut Pressemeldungen ein vertrauliches Lagebild zu den kriminellen Aktivitäten ausländischer Verbrecherclans erstellt.

"Die Beamten beschreiben detailliert, wie vor allem libanesische Großfamilien diverse Straßenzüge untereinander aufteilen, um ihren kriminellen Geschäften (Schutzgelderpressung, Rauschgifthandel und Raub) möglichst ungestört nachgehen zu können. `Die Straße wird faktisch als eigenes Hoheitsgebiet angesehen. Außenstehende werden zusammengeschlagen, ausgeraubt und drangsaliert. Straftaten gehören zur Freizeitbeschäftigung`, heißt es über zwei libanesische Großfamilien in Duisburg-Laar. Nirgendwo ist das Problem laut Bericht jedoch derart ausgeprägt wie auf der Weseler Straße und ihren Nebenstraßen in Duisburg-Marxloh. Dort haben ebenfalls zwei Großclans auch Kontakte zu den Rockern der "Hells Angels". Binnen kurzer Frist sind die Clans in der Lage, über Telefonketten mehrere hundert Personen zu mobilisieren, um die Polizei einzuschüchtern oder gar aggressiv anzugehen." 19

Es handelt sich hier um einen Detaileinblick, keinesfalls um eine landesweite Lagebeschreibung. Innenminister Jäger (SPD) schränkt unter Berufung auf die Rechtslage die Datenerhebung ein.

"Verwandtschaftliche Beziehungen von Tatverdächtigen oder zu Gruppenstrukturen würden nur erhoben, wenn dies für die Arbeit der Ermittler erforderlich sei. `Darüber hinaus gehende Datenerhebungen sind rechtlich nicht zulässig`, so Jäger."<sup>20</sup>

Die Sicht des Ministers entspricht durchaus der Gesetzeslage. Nur wird es schwer sein, reale Machtstrukturen und Kommunikationswege unter diesen Einschränkungen angemessen zu erfassen. Eine Studie der Universität Erlangen im Auftrag der Senatsjustizverwaltung und des Justizsenators von Berlin, Thomas Heilmann (CDU), ergab folgendes Bild: Kriminelle Familienclans, darunter Salafisten, sowie Sinti und Roma bilden bewusst eine Parallelwelt mit Selbstjustiz und kriminellen Machenschaften aller Art. Zeugen von Straftaten werden systematisch bedroht und unter Druck gesetzt.<sup>21</sup>Unter dem Deckmantel von sog. Scharia-Gerichten gibt es längst auch eine parallele Gerichtsbarkeit. Die Politologin Elham Manea lehrt an der Universität Zürich. Sie hat die britischen Scharia-Gerichte untersucht und ist entsetzt über die Praxis. Nach ihrer Auskunft geht es nicht um die Beratung religiöser Flohknackereien, sondern um Fälle von Kindesmissbrauch, Gewalt in der Ehe und Zwangsverheiratung

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Islamismus wird an Hamburger Schulen zum Problem. Die Welt online 6.2. 2018
<a href="https://www.welt.de/politik/deutschland/article173240130/Kinder-des-Salafismus--Islamismsu-wird-an-Hamburger-Schulen-zum-Problem.html">https://www.welt.de/politik/deutschland/article173240130/Kinder-des-Salafismus--Islamismsu-wird-an-Hamburger-Schulen-zum-Problem.html</a>

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Burger, Rainer: Problemzone Ruhrgebiet. Nordrhein-Westfalen und kriminelle Familienclans. in: FAZ 2.11. 2015

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Burger: FAZ 2.11. 2015

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Nibbrig, Hans: Kriminelle Familienclans erzeugen ein "Klima der Angst". in: Berliner Morgenpost online 10. Dezember 2015

Minderjähriger. Sie wendet sich gegen die Toleranz eines pseudoaufgeklärten Juste-milieus, das diese Praktiken verharmlost. Frau Manea stammt aus dem Jemen und weiß, wovon sie redet.<sup>22</sup> Der Erlanger Rechtswissenschaftler Mathias Rohe lehnt die Austragung religiöser und kultureller Streitigkeiten außerhalb der staatlichen Justiz nicht grundsätzlich ab. Zu den deutschen Scharia-Gerichten sagt er, laut FAZ, folgendes:

"Scharia-Gerichte werden in Deutschland (…) von einer Reihe nicht selten krimineller Großclans betrieben, die isoliert am Rande der Gesellschaft leben. Der Staat gilt als Feind. Streitigkeiten werden hier in einer recht freihändigen Form ausgetragen, die weder mit dem deutschen noch mit dem klassischen islamischen Recht viel zu tun haben."<sup>23</sup>

Wenig erstaunlich ist es, dass kriminelle arabische Clans neuerdings versuchen, männliche Flüchtlinge zu rekrutieren. Der Berliner Oberstaatsanwalt Sjors Kamstra stellte lakonisch fest: "... ihnen wird gezeigt, wie man ungelernt sehr schnell an Geld kommen kann."<sup>24</sup> Focus Online berichtete am 15. Mai 2017, das Landeskriminalamt von NRW wolle in einem Sonderprojekt die libanesischen Clans in dem Bundesland erforschen. Die Verbindungen zwischen Clankriminalität und politischem und religiösem Extremismus sind eine erwiesene Tatsache.<sup>25</sup> Bedenklicher ist die Kollaboration von Ärzten, Notaren, Beamten und Managern mit den Banden. Da die Bandenmitglieder meistens hartnäckig bildungsresistent sind, benötigen sie die Hilfe von Fachleuten. Polizisten liefern Insiderwissen beim Verschieben von Autos und schmuggeln Drogen in den Knast. Ein Arzt aus Teltow versorgte Clanmitgliedern mit Rezepten des synthetischen Opioids Tilidin; Gewinn für die Verbrecher etwa 70 000 Euro.<sup>26</sup> Seit Ende Oktober 2024 sitzt ein 39-jähriger Jurist und Staatsanwalt in Untersuchungshaft. Er ist noch nicht verurteilt, weshalb selbstverständlich die Unschuldsvermutung gilt. Die Vorwürfe gegen ihn sind erheblich. Er soll einer Bande von Drogenhändlern gegen Bezahlung Informationen geliefert haben. Die Bandenmitglieder sind nach Dubai geflohen.<sup>27</sup>

Hier handelt es sich um auffällige Angriffe auf die öffentliche Ordnung und systemische Mängel, gegen die moralisierende Räsonieren nichts ausrichten kann. Durch sie wird das Alltagsleben der Menschen in den Großstädten unmittelbar eingeschränkt. Das gilt besonders für diejenigen, denen die finanziellen Mittel fehlen den Wohnsitz zu wechseln. Mafiaorganisationen treten subtiler auf, erlangen wirtschaftliche und politische Macht und streben nach territorialer Kontrolle. Der italienische Staatsanwalt Antonio de Bernardo äußerte sich in der Online Ausgabe des schweizerischen "Tagesanzeigers" am 7. August 2016 zur Organisation der 'Ntrangheta. Anlass war die Zerschlagung der "Frauenfelder Zelle der kalabresischen Mafia". Es ist notorisch schwierig, den Aufbau einer riesigen, klandestin operierenden Verbrecherorganisation zu verstehen. 'Ntranghetisti leben im Ausland unauffällig und tragen Reichtum nicht zur Schau. <sup>28</sup> Sie bedienen sich eines internen Sprachcodes, der Außenstehenden nicht unmittelbar verständlich ist. Erst seit dem Jahre 2006 sei es gelungen, "die Struktur und die Funktionsweise der 'Ntrangheta, sowie ihre Verbindungen ins Ausland

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Thiel, Thomas: Gerichtsbarkeit nach uralter Väter Sitte. In: FAZ 10. Mai 2017 (Feuilleton)

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> FAZ 10. Mai 2017 op. cit.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Die Welt online Sonntag, 10. April 2016

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Bartosz, Pascal: Wie Beamte, Manager und Ärzte mit Clans illegale Geschäfte machen. in: Tagespiegel Online 13.8. 2020 <a href="https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-kriminelle-subkultur-wie-beamte-manager-und-aerzte-mit-clans-illegale-geschäfte-machen/26081802">https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlins-kriminelle-subkultur-wie-beamte-manager-und-aerzte-mit-clans-illegale-geschäfte-machen/26081802</a>

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Weiter Fälle bei Bartosz 2020 Tagesspiegel

Windzio, Alicia (dpa): Wegen Staatsanwalt: Kokain-Kurier bekommt neuen Prozess. in: Welt-Online 16.12. 24 <a href="https://www.welt,de/regionales/niedersachsen/article254883458/Wegen-Staatsanwalt-Kokain-Kurier-bekommt-neuen-Prozess.html">https://www.welt,de/regionales/niedersachsen/article254883458/Wegen-Staatsanwalt-Kokain-Kurier-bekommt-neuen-Prozess.html</a>

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Tagesspiegel 7. August 2016 p.4

47

sehr detailliert zu rekonstruieren."<sup>29</sup> Eine Zelle der 'Ntrangheta besteht aus mindestens 40 Mitgliedern.

"Die 'Ndrangheta ist eine globale Organisation mit einheitlichen Strukturen und Kommunikationsweisen. Hierarchien und Funktionen ihrer Ableger sind in allen Ländern gleich. Beispielsweise konnten wir feststellen, dass die Zelle im Kanton Thurgau starke Beziehungen zu einer höheren Ndrangheta-Einheit in Kalabrien unterhielt. Dank Gesprächsaufzeichnungen lernten wir viel über die Redeweisen der 'Ndranghetisti, etwa über typische Wörter und Formeln. Wir konnten nun Aussagen verstehen, die frühere Ermittler nicht verstanden hätten. Zudem stellten wir fest, dass die Frauenfelder-Zelle personelle und organisatorische Verbindungen zur 'Ndrangheta-Zelle im süddeutschen Singen hatte." <sup>30</sup>

Mafiaorganisationen gibt es nicht nur in Singen. Laut FAZ vom 1. April 2017

" ... rechnet das Bundeskriminalamt mit weit mehr als fünfhundert Mafia – Angehörigen in Deutschland und hat Erkenntnisse über milliardenschwere Geschäfte mit Drogen- und Waffenhandel, mit Strohmannfirmen und Geldwäsche. Doch das rechtliche Instrumentarium ist stumpf, die Strafverfolgung wenig effektiv."<sup>31</sup>

Es ist leider kein Aprilscherz! Die Mitgliedschaft in einer Mafiaorganisation ist in Deutschland nicht strafbar. Gewaschenes Geld kann in Millionenhöhe investiert werden, solange die Behörden nicht nachweisen können, dass man das Geld unredlich erworben hat. Unter diesen paradiesischen Bedingungen können Mafiaverdächtige das Rechtssystem voll zu ihren Gunsten ausnutzen. Das bekam, laut dem erwähnten Bericht der FAZ, auch die Buchautorin und Journalistin Petra Reski zu spüren. Am 17. März 2016 veröffentlichte sie in der Wochenzeitung "Freitag" einen Artikel, in dem sie die Aktivitäten der Mafia in Deutschland schilderte.<sup>32</sup> Der Betreiber eines Eiscafés und eines Restaurants in Erfurt war, laut Bericht der FAZ, von Frau Reski namentlich genannt worden. Drei Monate später, am 28. Juni 2016, klagte dieser auf Unterlassung. Am 24. Februar 2017 gab das Gericht der Klage statt. Die couragierte Journalistin wurde zu Unterlassung verurteilt, musste einen Sicherheitsbetrag von 5000 Euro hinterlegen und blieb auf den Anwalts- und Gerichtskosten sitzen. Auch an Vorkommnissen, die man als verhaltene Drohungen deuten kann, fehlt es nicht:

-2008 stellte Reski in Erfurt ihr Buch "Mafia – Von Paten, Pizzerien und falschen Priestern" vor. Ein "elegant gekleideter Italiener" erhob Einwände und lobte ironisch den Mut der Autorin.

-Man ließ sie verstehen, dass man ihre Wohnung mit Stockwerk in Venedig kennt, obwohl sie nach eigenem Bekunden die Etage wohlweißlich nie angibt. "Das kriegt nur raus, wer vor der Wohnungstür gestanden hat," sagte die Autorin gegenüber der FAZ.

Die globale Ausbreitung der Organisation ist nicht das Ergebnis eines übergeordneten Plans. Mit der Auswanderung von Kalabresen, die Mitglieder waren, verbreitete sie sich in den klassischen Einwanderungsländern: Schweiz, Kanada, Deutschland.

"Die internationale Ausbreitung der 'Ndrangheta ist vielmehr eine Begleiterscheinung der Auswanderung von Kalabresen. 'Ndranghetista wird man, weil man einer Familie angehört, die Teil der 'Ndrangheta ist. Wenn sich solche Leute im Ausland niedergelassen haben,

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Tagesspiegel 7. August 2016 p.2

<sup>&</sup>lt;sup>30</sup> Tagesspiegel 7. August 2016 p.3

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Rossmann, Andreas: Von der Mafia lernen heißt schweigen lernen. In: FAZ 1. April 2017 Feuilleton

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Reski, Petra: Die Bosse mögen's deutsch. (Online nicht mehr einsehbar.)

beginnen sie dann, kriminelle Geschäfte zu tätigen, wenn sich ihnen die Chance bietet. In ihrem Jargon sprechen sie von "Arbeitsmöglichkeiten." Das kann Drogen- oder Waffenhandel sein, Erpressung oder Geldwäscherei und einiges mehr. Sobald eine Zelle entsteht, tendiert sie dazu, ihr Territorium zu kontrollieren."<sup>33</sup>

48

Territoriale Kontrolle, wirtschaftliche und politische Macht sind die grundlegenden Ziele.

"Die 'Ndtrangheta strebt nach wirtschaftlicher und politischer Macht. Letztlich geht es ihr um die totale Kontrolle eines Territoriums."

Die 'Ndrangheta hat alleine in Kalabrien etwa 30 000 Mitarbeiter. Nach Einschätzung des Autors Francesco Forgione ist sie das viertgrößte Unternehmen Italiens und hat wahrscheinlich von allen Mafiaorganisationen die meisten Filialen weltweit.<sup>34</sup> Sie agiert unauffällig. Vor Morden schreckt sie zwar nicht zurück, wenn es ernst wird; aber sie hat weitaus weniger Morde veranlaßt als die übrigen Mafiaorganisationen.<sup>35</sup> Das Verbrechen kann man nicht abschaffen, aber begrenzen. Hellsichtig stellt der italienische Staatsanwalt fest:

"Wo die 'Ndrangheta ist, wird sie immer versuchen, die Wirtschaft zu infiltrieren - eben auch über das öffentliche Beschaffungswesen. Aber: Die Einflussnahme gelingt der Mafia umso weniger, je stärker und pluralistischer eine Wirtschaft aufgestellt ist und je besser die staatlichen Institutionen funktionieren "<sup>36</sup>

In der Schweiz haben die Behörden vielleicht noch die Möglichkeit, öffentliche Ausschreibungen zu lenken. Bei der 'Ndrangheta handelt es sich um eine Organisation, die Milliarden verschieben kann. Es ist keine Frage, dass die teilweise unsinnigen europaweiten Ausschreibungsregelungen für öffentliche Projekte den Bestrebungen dieser Organisation entgegen kommen. Um die Investitionen zu erleichtern müssen ab September 2018 öffentliche Ausschreibungen, die eine bestimmte Summe übersteigen, Online gestellt werden. Einfacher kann Geld durch Direktinvestitionen auf dem deutschen Immobilienmarkt gewaschen und gesichert werden. Hier sind neben der 'Ndrangheta auch russische Oligarchen aktiv, die auf der EU-Sanktionsliste stehen. Dabei "ist die Verschleierung der wahren Besitzer und Investoren über verschiedene Firmenkonstrukte" ein Problem für die Ermittlungsbehörden und sicher nicht für die organisierte Kriminalität. <sup>37</sup> Folgt man einem Bericht der Zeitschrift "Der Spiegel" wird in Deutschland außerhalb des Bankenwesens kaum gegen Geldwäschedelikte ermittelt. <sup>38</sup>

"Ein italienischer Staatsanwalt namens Roberto Scarpinato hat einmal gesagt: 'Wäre ich Mafioso, würde ich in Deutschland investieren.' Der Satz lässt sich bis heute doppelt unterstreichen. Experten von der Universität Halle-Wittenberg haben 2015 geschätzt, dass in Deutschland unfassbare 100 Milliarden Euro jährlich gewaschen werden. Vor allem mit Immobilien, die immer noch bar bezahlt werden können."<sup>39</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> Tagesspiegel.7. August 2016 p.4

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Verdú (El País Semanal) 9. September 2018 p.37

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Verdú (El Pais Semanal) 9. September 2018 p.43

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Tagesspiegel 7. August 2016 p.5

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> T-online: Deutscher Immobilienmarkt lockt auch die Mafia an. <a href="https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\_83950592/deutscher-immoblienmarkt-lockt-auch-die-mafia-an.html">https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\_83950592/deutscher-immoblienmarkt-lockt-auch-die-mafia-an.html</a>

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Der Spiegel (45) 30. 10.2020 p. 71 Allein gegen die Geldwäsche

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Heise, Thomas; Meyer-Heuer, Claas: Die Macht der Clans. Arabische Großfamilien und ihre kriminellen Imperien. (DVA, Spiegel) München 2020 p.152

Eine europaweite Razzia gegen die 'Ndrangheta führte am 5.Dezember 2018 zu etwa 90 Verhaftungen in Belgien, Deutschland, Italien und den Niederlanden. In Deutschland wurden 14 Personen festgenommen. 40 Der leitende italienische Staatsanwalt Giovanni Bombardieri warnt: "Diese Investitionen könnten zum Problem werden." Er fordert daher eine einheitliche Gesetzgebung in Europa.<sup>41</sup> Da wird er noch lange warten müssen. Vorhaltungen der italienischen Fahndungsbehörden nach klareren gesetzlichen Regelungen wird von deutscher Seite eher mit arroganter Zurechtweisung begegnet.<sup>42</sup> Dafür gibt es sehr reale Gründe. Die Finanzlobby ist in Deutschland an strengeren Gesetzen zur Geldwäsche nicht interessiert, weil Geld für Investitionen z. B. in die Bauwirtschaft fließt. 43 Kein Wunder, dass die Mafia auch am EU-Fonds im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie profitieren will. Die Chancen stehen gut. Die Unternehmerin Patrizia Di Dio erklärte gegenüber der Tageszeitung "Die Welt," das sei keine Warnung mehr, sondern bereits Realität. 44 Die Mafia investiert in Firmen, die wegen der Covid-Pandemie in Not geraten sind und keine Bankkredite mehr bekommen. Mafiaorganisationen kaufen sich in Unternehmen ein, die bislang nichts mit der organisierten Kriminalität zu tun hatten und streben an, die EU-Zahlungen zu kassieren. Das ist auch die Meinung von Mauricio Vallone, dem Direktor der "Direzione Investigativa Antimafia (DIA)"<sup>45</sup> Um Peanuts geht es dabei nicht. Bis zu 209 Milliarden Euro kann Italien potenziell an EU-Zahlungen erhalten. Davon wird mit großer Wahrscheinlichkeit ein erheblicher Teil in die Hände der Mafia fließen.

"Dass die Geschäfte bereits in vollem Gang sind, zeigen die Meldungen italienischer Banken über verdächtige Finanztransaktionen, die bei der DIA gesammelt werden: Im Vorjahresvergleich sind diese Meldungen um 30 Prozent auf 130,000 Meldungen gestiegen. Dabei wäre aufgrund des pandemiebedingten Rückgangs der Wirtschaftskraft um rund neun Prozent auch hier eine Abnahme zu erwarten gewesen. Doch das Gegenteil ist passiert: 'Dieser Anstieg bedeutet, dass jemand über große Liquidität verfügt, die er zu verschieben versucht,' erklärt Vallone."<sup>46</sup>

Schon 1992 stellten Roth und Frey fest, dass die Entwicklung unseres Strafrechts mit der logistischen Komplexität der organisierten Kriminalität nicht Schritt gehalten hat. <sup>47</sup> Das gilt heute in breiterem Rahmen für viele Parallelgesellschaften. Bürgerinnen und Bürgern, die in einem modernen Rechtsstaat sozialisiert sind, ist es einsichtig, dass ein strafbares Vergehen individuell nachgewiesen werden muss. Nur so ist die individuelle Rechtssicherheit garantiert. In vielen Parallelgesellschaften herrschen vorbürgerliche, archaische Wert- und Rechtsvorstellungen, die mit der bürgerlichen Rechtsordnung unvereinbar sind. Im rechtsstaatlichen Sinn kriminelles Verhalten kann hier geradezu als moralische Pflicht, Frage der Ehre oder der sozialen Anerkennung gesehen werden. Exzesse innerfamiliärer Gewalt wie die infamen "Ehrenmorde" werden in der Regel kollektiv begangen und von nicht unmittelbar Beteiligten gedeckt und geduldet. Ein individueller Schuldnachweis wird erschwert, wenn ein jugendliches Mitglied die alleinige Schuld übernimmt. Ein Jugendlicher kann mit einem

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> FAZ 6. Dezember 2018 p.1

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> FAZ 6. Dezember 2018 Der geheime Weg der Mafia in die Wirtschaft. p.17 Wirtschaftsteil

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Vergleiche die frühere Äußerung Wolfgang Schäubles FAZ 6. Dezember 2018 p.17 und im aktuellen Fall die Meinung des Vizepräsidenten des Bundeskriminalamts BKA Peter Henzler auf der ersten Seite der selben Ausgabe.

 <sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Sundermeyer, Olaf: Bandenland. Deutschland im Visier von organisierten Kriminellen. München 2017 p.16
 <sup>44</sup> Kirst, Virginia: Wie Italiens Mafia den EU-Fonds plündern will. in: Die Welt Online 12.3. 2021 p.1

https://welt.de/politik/ausland/plus228062097/Coronahilfen-Wie-Italiens-Mafia-den-EU-Fonds-pluendern-will.html

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Kirst (2021) p.2

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Kirst (2021) p.4

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Roth; Frey (1992) p.403

geringeren Strafmaß rechnen. Die Haupttäter haben gute Chancen, straffrei auszugehen. Neuere kriminologische Studien zeigen, dass es sich hier nicht um ein Randphänomen handelt.<sup>48</sup> Das Resozialisierungsgebot im Regelstrafrecht kann aus einer modernen, aufgeklärten Perspektive als großer Fortschritt in der Rechtsentwicklung gesehen werden. Mit völlig anderen Wert- und Rechtsvorstellungen konfrontiert, läuft das Resozialisierungsgebot allerdings ins Leere.

50

"Wo die grundlegenden Wertvorstellungen von denen der legalen Gesellschaft abweichen, können sie nicht als Maßstab für die Wiedereingliederung eines Straftäters herangezogen werden."<sup>49</sup>

Das gilt heute weit über die organisierte Kriminalität hinaus, auf die sich diese Einschätzung bezieht. Wer in ein völlig anderes Rechts- und Wertesystem sozialisiert ist, kann nicht in eine soziale Umgebung resozialisiert werden, in die er nie sozialisiert war und die er ablehnen muss, um in seinem sozialen Umfeld anerkannt zu werden. Roth und Frey sehen 1992 "die moderne Gesellschaft ... auf einem gefährlichen Weg." Wir können Ende 2021 nur ergänzen: Sie ist ihn weitergegangen.

"Wir akzeptieren rechtsfreie Räume, sehen zu, wie Gangster gesellschaftsfähig werden, und sehen weg, wenn ihre Opfer Hilfe brauchen. Wir betrachten Kriminalität als notwendiges Beiwerk von Rechtsstaat und Demokratie, geben eine ganze Reihe von eigenen Rechten und Freiräumen immer mehr preis. Geschützt werden damit die Rechte und Freiräume der Straftäter. Die wiederum nutzen das hemmungslos aus und schränken dadurch die legitimen Freiheitsrechte der Bürger weiter ein."50

Die Entstehung rechtsfreier Räume in hoch entwickelten Länder wie Deutschland wird in der Fachliteratur durchaus wahrgenommen. Es handelt sich um einen schleichenden Prozess. Am Anfang steht die scheinbar tolerante Duldung systematischer Rechtsverletzungen wie Sozialbetrug und Kleinkriminalität. Von den unmittelbar betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in den Großstädten wird das früher erkannt als von ideologiegeleiteten oder gleichgültigen Politikern aller Couleur. Es sind auch Kostengründe, die zum Verzicht auf die Durchsetzung rechtsstaatlicher Normen und staatlicher Präsens führen. Den Preis dafür werden Staat und Gesellschaft früher oder später zahlen.

" ... even wealthy developed states such as the United States, Germany, and France may lack full control in pockets of territory – inner cities, refugee camps, migrant communities, or banlieues. Disenfranchised and alienated minority communities may be reluctant to cooperate with authorities, increasing the cost of maintaining state presence. So the state does not bother with these areas. The result is that the modern state – held up as the central constitutive element of the international system – is often riddled with functional gaps and governance voids."<sup>51</sup>

Das führt nicht nur zu sozialen Brennpunkten und Gettobildung mit hoher Kriminalität. Adolfo Gatti hat den Ortsteil Molenbeek bei Brüssel als Rückzugsgebiet und Rekrutierungsort für militante Dschihadisten untersucht.<sup>52</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Julios, Christina: Forced Marriage and "Honour" Killings in Britain. Ashgate, UK 2015 Begikhani, N.; Gill, A.; Hague, G.: Honour-Based Violence. Experience and Counter Strategies in Iraqi Kurdistan and the UK Kurdish Diaspora. Ashgate, UK 2015

<sup>&</sup>lt;sup>49</sup> Roth; Frey (1992) p.403f

<sup>&</sup>lt;sup>50</sup> Roth; Frey (1992) p. 412

<sup>&</sup>lt;sup>51</sup> Felbab-Brown, Vanda; Trinkunas, Harold; Hamid, Shadi: Militants, Criminals, and Warlords. The Challenge of Local Governance in an Age of Disorder. Brookings Institution Press, Washington D.C. 2018 p.16

<sup>&</sup>lt;sup>52</sup> Gatti, Adolfo: Urban Terrorist Sanctuaries in Europe: The Case of Molenbeek. in: Pektas, Serafettin; Leman,

In allen angesprochenen Fällen werden nicht de iure, aber faktisch kollektive Privilegien, wie Zwangsverheiratung, Vielehen etc. eingeräumt, die mit gutem Recht prinzipiell nicht erlaubt sind. Es entstehen soziale Schattenbereiche, die sich behördlicher Kontrolle weitgehend entziehen. Konflikte werden nicht öffentlich ausgetragen, sondern intern auch gewaltsam gelöst. Hier werden nicht nur bemerkenswerte kriminelle Energien nach außen freigesetzt. Innerhalb solcher Gruppen können sklavereiähnliche Zwangsverhältnisse in Form von Innergruppengewalt, Zwangsehen und Einsperrungen auftreten. Nur besonders brutale Morde werfen gelegentlich ein mediales Licht auf diese Verhältnisse, wobei der infame Begriff Ehrenmorde oft kritiklos übernommen wird. Ein Staat, der einerseits die Bürger mit einer unsinnigen, ständig enger werdenden Regulierungsdichte überzieht, erweist sich andererseits als unfähig oder unwillig, einfache Rechtsnormen durchzusetzen, die auch der gesunde Menschenverstand fordert.

Die FAZ vom 12.8. 2000 berichtet folgenden Fall: Die Familie Seciri besteht aus sechs Personen. Das Oberhaupt war wegen Urkundenfälschung, Fahren ohne Führerschein und Verstößen gegen das Ausländerrecht verurteilt worden. Weitere Mitglieder waren wegen Diebstahl und Körperverletzung mehrfach rechtskräftig verurteilt. Der Vater gab sich zunächst als Muslim aus Bosnien-Herzegowina aus, anschließend als Kosovo-Albaner. Als die Kosovo-Albaner ausreisen mussten, behaupteten die Familienmitglieder Roma zu sein. Als Beleg wies sich der Vater als Vorstandsmitglied einer Vereinigung der Roma in Duderstadt aus. Die Vereinigung war wenige Wochen zuvor gegründet worden und bestand ausschließlich aus Mitgliedern der Familie Seciri.

Die Offenbacher Polizei und die Kreisverwaltung in Dietzenbach ermittelten 2006 gegen 200 Personen. Zum Zeitpunkt des Berichts waren 71 Personen überführt, 3.4 Millionen Euro an Sozialhilfe erschlichen zu haben.<sup>53</sup> Sie gaben an, staatenlose Palästinenser aus Jenin und Ramallah zu sein. Das sicherte das Bleiberecht. In Wirklichkeit handelte es sich um Jordanier, die nur z.T. in Deutschland lebten, aber auch in Jordanien weiterhin Sozialleistungen bezogen. In mindestens einem Fall wurde eine Sozialwohnung untervermietet, weil die Bewohner sich nicht mehr in Deutschland aufhielten. Eine Frau von vierzig Jahren war mit sieben Kindern eingereist und erhielt 208 000 Euro an Hilfen. Ob es sich um die leiblichen Kinder handelte, wurde offenbar ebenso wenig überprüft wie die Frage, wer das Geld einsteckte. Dass es der Frau im vollen Umfang zur Verfügung stand, wird selbst der argloseste Gutmensch nicht glauben. Eine weitere Mutter von zwölf Kindern war so jung, dass sie die Kinder nicht alle zur Welt gebracht haben konnte. Die Kinder wurden also verschoben, um Sozialleistungen zu erschleichen. Wer waren diese Kinder? Dass die junge Frau aus eigenem, kriminellen Antrieb gehandelt hat und den Hauptnutzen aus dem Betrug gezogen hat, ist eher unwahrscheinlich. Wie die Machtverhältnisse in der Gruppe verteilt waren und wer die wirklichen Nutznießer waren, wurde offenbar nicht ermittelt. Das war mit großer Wahrscheinlichkeit kein Einzelfall. Die Möglichkeit, durch minimale Änderungen der Schreibweise des Namens mehrfach Sozialleistungen zu erschleichen, ist unter Fachleuten schon lange ein offenes Geheimnis. Nachforschungen waren nicht erwünscht. Dabei dient die Rabulistik mit Aliasnamen und Buchstabendrehern selbstverständlich auch der Verschleierung von Straftaten. Mit dem viel beschworenen Überwachungsstaat kann es in Deutschland nicht weit her sein, wenn man mit derart primitiven Täuschungen nicht auffliegt. Das schiere Ausmaß der Transferzahlungen macht eine angemessene Kontrolle fast unmöglich. Die Zahlen von 2023/24 machen das deutlich. Von 3,93 Millionen erwerbsfähigen Empfängern des sog. Bürgergeldes haben 2,48 Millionen einen Migrationshintergrund. Die entsprechende Befragung wurde von der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt und stützt sich auf die freiwilligen Angaben der

Johan (Hgs.): Current Issues in Islam Militant Jihadism Today and Tomorrow. Leuven University Press 2019 p.151-175

<sup>&</sup>lt;sup>53</sup> FAZ 13.11. 2006

Befragten.<sup>54</sup> Mithin gibt es keine Kontrolle bezüglich der Vollständigkeit und der Richtigkeit der Angaben. In Prozent ausgedrückt ergibt sich folgendes Bild: Bundesweit haben 63,1 % der Empfänger von Bürgergeld einen Migrationshintergrund; in Hessen sind es 76,4 %; in Baden-Württemberg 74,1 % und in Hamburg 72,8 %. Man darf vermuten, dass die realen Werte höher liegen.<sup>55</sup> In dieser unübersichtlichen Lage sind dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

Heise und Meyer-Heuer führen in ihrem Buch über die kriminellen Clans weitere haarstäubende Beispiele an.<sup>56</sup> Es sollte im 21. Jahrhundert ein Kinderspiel sein mit einfachen Algorithmen über 90% der Aliasnamen und Buchstabendreher zu entlarven. Schon die Ersparnisse durch Aufdeckung des epidemischen Sozialleistungsbetrugs würden Millionen von Euro betragen. Stattdessen stehen die Behörden ratlos da, wie vor Goethes Hexeneinmaleins.

Aus Eins mach Zehn,
Und Zwei laß gehen,
Und Drei mach gleich,
So bist du reich.
Verlier die Vier!
Aus Fünf und Sechs,
So sagt die Hex'
Mach Sieben und Acht,
So ist's vollbracht:
Und Neun ist Eins,
und Zehn ist Keins.
Das ist das Hexen-Einmal-Ein.<sup>57</sup>

Anis Amri, der Attentäter vom 19. Dezember 2016 in Berlin, benutzte nach Angaben des Landeskriminaldirektors von NRW, Dieter Schürmann, 14 verschiedene Identitäten. St. Zudem verfügte er noch über zwei italienische Pässe. Da wundert man sich, wenn sich Herkunftsländer Abschiebungen widersetzen. Es ist ihr gutes Recht, zu wissen, wer da kommen soll, ehe sie einen Pass ausstellen. Eine Mitarbeiterin mit befristetem Arbeitsvertrag bei der Landesaufnahmebehörde (LAB) in Niedersachsen hat mehrere Fälle von Asylbewerbern recherchiert, die sich mit geändertem Namen in verschiedenen Städten angemeldet hatten, um Mehrfachleistungen zu erschleichen. Zurzeit werden in Niedersachsen mehr als 300 Fälle von Leistungserschleichung untersucht, die von ihr aufgedeckt wurden. Aussagen deuten darauf hin, dass die Behördenleitung die couragierte Mitarbeiterin und einen weiteren Mitarbeiter mit Zeitvertrag massiv behindert hat. Erst der Weg zur Polizei brachte die Sache ins Rollen. Der Bund der Steuerzahler stellte Strafanzeige gegen die Landesbehörde "wegen des Verdachts der versuchten Untreue und Strafvereitelung im Amt." In Job hat die Mitarbeiterin vorzeitig verloren. Wie die Dinge in diesem Land stehen, kann sie froh sein, wenn nicht wegen Verstoßes gegen den Datenschutz gegen sie ermittelt wird. Plötzlich wird bekannt, es habe 2016 im

<sup>&</sup>lt;sup>54</sup> Leubecher, Marcel: In Hessen haben 76,4 Prozent der Bürgergeld-Empfänger Migrationshintergrund. in: Welt Online 21.5. 2024

https://www.welt.de/politik/deutschland/plus251567660/Sozialleistungen-In-Hessen-haben-76-4-Prozent-der-Buergergeld-Empfänger-Migrations... p.2

<sup>&</sup>lt;sup>55</sup> Neue Zahlen vom Herbst/Winter 2024: Klauth, Jan; Neues Allzeithoch – So hoch ist der Ausländeranteil unter Familien im Bürgergeld. in: Welt-Online Dezember 2024

https://www.de/welt.de/plus2548377750/Buergergeld-So-hoch-ist-der-Auslaenderanteil-unter-den-Bezieher-Familien.html

<sup>&</sup>lt;sup>56</sup> Heise; Meyer-Heuer (2020) p.49; p.74; p.78: p.142; p.258; p.311

<sup>&</sup>lt;sup>57</sup> Goethe: Faust I Münchener Ausgabe (btb Verlag) 2006 Bd.6.1 p.607

<sup>&</sup>lt;sup>58</sup> Attentäter von Berlin benutzt 14 Identitäten. Die Zeit online 5. Januar 2017

<sup>&</sup>lt;sup>59</sup> Der Spiegel (37) 9.9. 2017 p.29 (Amri übte Umgang mit Revolver)

<sup>&</sup>lt;sup>60</sup> Sozialbetrug durch Flüchtlinge – CDU fordert Aufklärung. In: Die Welt online 24. Januar 2017

Bundesland 2644 Fälle von Sozialbetrug gegeben. In 487 Fällen handele es sich um Flüchtlinge, also nicht die ausländischen Wurzeln insgesamt. Aktuell kommen weitere 520 Verfahren gegen Flüchtlinge hinzu. Ulf Küch, Chef der Sonderkommission, rechnet mit einer Schadenshöhe von 15.000 bis 20.000 Euro pro Fall.<sup>61</sup>

Das sind minimal gerechnet 39. 600 000 Euro und maximal 52. 880 000 Euro. Es handelt sich also nicht um Peanuts. Angesprochen sind hier wohlgemerkt die bekannt gewordenen Fälle ohne Dunkelziffer berechnet.

Wer glaubt, man habe in Berlin aus dem Fall Amri Konsequenzen gezogen, irrt sich. Anfang Februar 2018 meldete der Berliner Tagesspiegel, ein polizeibekannter islamistischer Gefährder, wie Amri aus Tunesien, sei beim Drogenhandel festgenommen worden. Er hatte mehrere Scheinidentitäten und soll sich dreimal einer Abschiebung entzogen haben. Er wurde laufengelassen und ist jetzt wieder abgetaucht.<sup>62</sup>

Es wusste jeder, aber es war lange Zeit ein Tabu darüber zu sprechen: Ein großer Teil der Kindergeldzahlungen im europäischen Raum und in die Türkei kommt sicher nicht irgendwelchen Kindern zugute. Es handelt sich um kriminelle Bereicherung auf Kosten von Kindern, die aus Habgier beliebig verschoben werden, soweit sie überhaupt existieren. Aufgeschreckt durch die Wahlerfolge der AfD scheint man jetzt der bandenmäßigen Erschleichung von Sozialleistungen durch Kontrollen entgegen zu treten.<sup>63</sup> Spektakuläre Kontrollen machen das Ausmaß des Sozialmissbrauchs deutlich Öffentlichkeitswirksam. Es zeigt sich aber auch, dass die kriminellen Praktiken völlig außer Kontrolle geraten sind. Solange mit politischer Duldung überforderte Behörden Sozialleistungen unkontrolliert verteilen, wird es keine Lösung geben. Wie anders ist es möglich, dass Sozialwohnungen zur Prostitution genutzt werden und Leistungsempfänger Luxusautos besitzen und über beachtliche Vermögenswerte in Deutschland und in Bulgarien verfügen? In Gelsenkirchen wurde weiter ermittelt, dass 30 Personen überhaupt nicht auffindbar waren. Immerhin wurden deren Transferzahlungen eingestellt. Darüber berichtete der WDR im September 2023. Wohlgemerkt, die Angaben beziehen sich auf eine Kontrolle in Gelsenkirchen. Da kann man sich ausmalen, wieviel Geld bundesweit Namen vermeintlicher Menschenrechte verpulvert wird.<sup>64</sup>

Nach wie vor strafunmündige Kinder werden systematisch für Wohnungseinbrüche und andere Delikte eingesetzt. Freiwillig tun sie dieses nicht. Dahinter stecken die gleichen Personen, die verstümmelte und schwerbehinderte Bettler auf unseren Straßen als Humankapital einsetzten und abkassieren. Gregory Feldman beschreibt detailliert die Aktivitäten einer gut organisierten Roma-Bande in den Bereichen erzwungene Kinderbettelei, Taschendiebstahl, Einbruch und Prostitution, einschließlich der Zwangsprostitution Minderjähriger. Der Autor war beobachtender Teilnehmer einer investigativen Polizeieinheit. Die europaweiten Aktivitäten gut organisierter Roma Banden hat Olaf Sundermayer recherchiert. An Rhein und Ruhr konnten sich die organisierten Taschendiebe der Roma nicht halten. Hier kam es zu Revierkämpfen mit den dort schon länger etablierten marokkanischen Banden.

\_

<sup>61</sup> http://www.nwzonline.de 26. Januar 2017

<sup>&</sup>lt;sup>62</sup> Tagesspiegel Berlin: Will der Senat einen islamistischen Gefährder nicht abschieben lassen? <a href="http://www.tagesspiegel.de/berlin/innere-sicherheit-will-der-senat-einen-islamistischen-gefaehrder-nicht-abschieben-lassen/20935908.html">http://www.tagesspiegel.de/berlin/innere-sicherheit-will-der-senat-einen-islamistischen-gefaehrder-nicht-abschieben-lassen/20935908.html</a>

<sup>&</sup>lt;sup>63</sup> Focus Online 26.4. 2018: Tausende sollen Sozialleistungen erschlichen haben. Großrazzia der Polizei in NRW.

https://www.focus.de/politik/deutschland/tausende-sollen-sozialleistungen-erschlichen-haben-grossrazzia-derpolizei-in-nrw id 8831144.html

<sup>&</sup>lt;sup>64</sup> WDR Online (27.September 2023) Sozialhilfebetrüger: Viele Verstöße bei Kontrollen in Gelsenkirchen. https://l.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/kontrolle-sozialhilfe-zuwanderer-gelsenkirchen-100.html

<sup>&</sup>lt;sup>65</sup> Feldman, Gregory: The Gray Zone. Sovereignty, Human Smuggling, and Undercover Police Investigation in Europe. Stanford University Press 2019 p. 146; p.166-175

<sup>&</sup>lt;sup>66</sup> Sundermayer (2017) p. 114-123

<sup>&</sup>lt;sup>67</sup> Sundermayer (2107) p.120

54

Bei den hier angesprochenen Problemen handelt es sich nicht um spektakuläre Einzelfälle. Das zeigen folgende Zahlen: Anlässlich des G7 Treffens Anfang Juni 2015 in Bayern wurden zwanzig Tage lang Grenzkontrollen durchgeführt. In diesem Zeitraum wurden mehr als zehntausend illegale Grenzgänger entdeckt, also etwa 500 Personen am Tag. Im gleichen Zeitraum wurden 150 Haftbefehle direkt bei der Kontrolle vollstreckt, das sind 7-8 Personen am Tag. <sup>68</sup> Das ist wenig erstaunlich. Das Netz der russischen Mafia (Vory) breitet sich seit den 1980er Jahren in Europa aus. U.a. fanden Fachleute aus dem ehemaligen KGB eine ihrer Ausbildung entsprechende lukrative Betätigung. In Georgien wurden nach der sog. Rosenrevolution (2003) 16.000 Polizisten entlassen, von denen ebenfalls viele in die Kriminalität abwanderten. <sup>69</sup>

Gemessen an den Ereignissen im Herbst 2015 waren das idyllische Zustände. Der gesunde Menschenverstand geht im öffentlichen Mediengeplapper unter. Es ist ganz einfach: Kriegsflüchtlingen muss und kann geholfen werden. Das steht völlig außer Frage. Das bloße Faktum der Flucht stellt allerdings rechtlich keinen Asylgrund dar. Auf keinen Fall ist die Flucht vor Kriegsereignissen ein Rechtsgrund für dauerhafte Einwanderung, schließt diese aber auch nicht prinzipiell aus. Stattdessen stellt eine Regierungschefin lapidar fest, man sei nicht in der Lage, die Staatsgrenzen zu kontrollieren, und kaum jemand wundert sich darüber. Drei Monate zuvor, als auf dem G7-Treffen Spitzenpolitiker für mehrere Hundertmillionen Euro ihre Größenphantasien zelebrierten, waren Grenzkontrollen noch möglich.

Es ist die Durchsetzung klarer Regeln und Rechtsnormen, die den Status von Kriegsflüchtlingen sichert. Flüchtlinge mit Illusionen, die an melanesische Cargokulte erinnern, werden sicher enttäuscht. Aber unmittelbar durch Kriegsereignisse bedrohte Menschen erhalten Schutz. Wenn Recht aus falsch verstandener Toleranz oder Unfähigkeit nicht durchgesetzt wird, entstehen rechtsfreie Räume. Damit werden nicht nur Rechtsverletzungen großzügig übersehen, es entfallen auch Rechtsgarantien für die Opfer, oft versklavte Kinder, Zwangsprostituierte und Behinderte. Das wird mittel- und langfristig nicht ohne Folgen für die individuelle Freiheit aller bleiben.

Menschen- und Freiheitsrechte im Sinne der europäischen Aufklärung können sich nur auf Individuen beziehen. Auf Gruppen, Verbände, Parteien und Korporationen bezogen, ergeben sich Privilegien, die mit einer freien Gesellschaft nicht vereinbar sind. Jeder hat das Recht, sich einer Religionsgemeinschaft, einem Verein oder mehreren Verbänden anzuschließen oder dieses zu unterlassen. Viele Religionsgemeinschaften und ethnische Verbände schließen sich von der übrigen Gesellschaft ab. D.h. sie diskriminieren sich selbst, fühlen sich nach dem sozialstaatlichen Grundsatz "Ich leide, also bin ich" benachteiligt und fordern Sonderrechte, i.e. Privilegien. Diskriminieren bedeutet "unterscheiden" (lat. discriminare, -o, -avi, -atum). In der Alltagssprache hat das Wort schon die Bedeutung von "Unterdrückung und Benachteiligung" erhalten, so erfolgreich sind bestimmte Interessensgruppen im öffentlichen Diskurs. Zweifellos auch in den westlichen Demokratien bestehende Integrationshindernisse werden oft sehr einseitig betont. Die Tendenz zur Selbstisolierung verschiedener Gruppen wird selten gesehen und gegeneinander abgewogen.<sup>70</sup>

Dass sich viele Gruppen selbst durch cena und connubium absondern, ist ihr gutes Recht, wird aber in der Öffentlichkeit gerne übersehen. Daraus ergeben sich in einem freien Land keine Nachteile; es sollte aber auch keine Privilegien bringen. Hierin besteht kein Integrationshindernis, da man im Rahmen der Gesetze tun und lassen kann, was man will. Schwerer wiegt die Tatsache, dass viele Migrantengruppen religiöse und weltanschauliche Einstellungen, die in den Herkunftsländern zu Konflikten führten, in die Gastländer importieren

<sup>68</sup> Deutschland Funk (DLF) Morgennachrichten 11. Juni 2015; 7.30 Uhr

<sup>&</sup>lt;sup>69</sup> Feldman (2019) p.129

<sup>&</sup>lt;sup>70</sup> Dazu: Yasmeen, Samina; Markovic, Nina (Hgs.): Muslim Citizens in the West. Spaces and Agents of Inclusion and Exclusion. Ashgate, UK 2014

und an die Folgegeneration weitergeben.<sup>71</sup> Diese Konflikte werden auch gewaltsam auf der Straße ausgetragen, wie die Kämpfe zwischen Kurden und Türken in den Ostertagen 2016 in Aschaffenburg zeigen. Bei weiteren Kämpfen zwischen Kurden und Türken waren am 10. April 2016 mehrere Hundert Polizeibeamte in Stuttgart im Einsatz. Dabei wurden zwölf Polizisten und eine unbeteiligte Passantin verletzt.<sup>72</sup> Das sind keine Einzelfälle. Die Redaktion der Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11.9. 2020 in ihrer Online Ausgabe, mehr als 80 Mitglieder einer kurdischen Jugendbewegung seien am 10.9. 2020 in einem Zug von Lüneburg in Richtung Hamburg ohne Fahrschein angetroffen worden. Es handelte sich um eine Truppe, die von Stadt zu Stadt reiste, um Demonstrationen durchzuführen. Sie widersetzten sich durch Pöbeleien der Kontrolle. Das ging so weit, dass der Zug im Bahnhof Bardowick angehalten werden musste. Mehr als 200 Beamte der Bundespolizei und weitere Einsatzkräfte der Landespolizei waren im Einsatz. Polizeibeamte wurden geschlagen und getreten. Einige erlitten leichte Verletzungen. Etwa ein Dutzend der Schwarzfahrer hielt sich unerlaubt in Deutschland auf, darunter drei Jugendliche. 73 Das passt nicht zu den entnervenden "Der gute Ali – Geschichten" über gelungene Integration in den öffentlich-rechtlichen Medien und wird mit Sicherheit in deren Berichterstattung keinen großen Widerhall finden.

Ernsthafte Integrationsprobleme können sich nur ergeben, wo aus ethnischer, religiöser und weltanschaulicher Borniertheit kein Integrationswille besteht. Den medialen Predigten kann man deshalb die lakonische Feststellung Wolfgang Reinhards entgegen halten, die Türkenghettos seien "keinesfalls aus reiner Bosheit der Deutschen entstanden."<sup>74</sup>

Selbstverständlich sollen Zuwanderer durch Sprachkurse und einfache Fördermaßnahmen unterstützt werden. Für alles weitere sind sie selbst verantwortlich. Dort, wo der Staat mehr tut, entsteht eine Art paternalistischer Rassismus von Gutmenschen mit ausgeprägtem Helfersyndrom. Ihren Ausdruck findet diese Haltung in organisierter Belehrung und sozialpflegerischer Dauerbetreuung. Hier unterscheiden sich Gruppen nicht mehr selbst, sondern werden diskriminiert, als irgendwie anders aufgefasst. Dahinter steht die implizite Annahme, die Menschen seien noch nicht so weit und müssten erst durch Belehrungen und allerhand Maßnahmen zu vollwertigen Bürgern gemacht werden. Sie werden also nicht als gleichwertige Personen und Individuen anerkannt, sondern müssen erst dazu erzogen werden. 75 Diese Maßnahmen sind weitgehend gescheitert und versprechen auch für die Zukunft keine Besserung. Sie vergessen, dass soziale und staatsbürgerliche Integration in erster Linie eine Bringschuld ist. Staatsbürgerliche Erziehung, Wirtschafts- und Sozialpolitik dürfen in einem freien Land nur die negativen Voraussetzungen dafür schafften, dass selbständige Bürger ihr Leben frei gestalten können. Der mündige Bürger ist eine wichtige regulative Idee, die Grundorientierung für jede freie Verfassung ist. Eine regulative Idee im Sinne Kants darf nicht essentialistisch gedacht werden. D.h., es handelt sich um einen Idealtypus, den man nicht erreichen kann, an dem man sich aber orientieren soll. Diese regulative Idee ist Orientierungspunkt vernünftigen staatlichen Handels. Staatliches Handeln, das darüber hinausgeht, führt zur paternalistischen Gängelung und zur Entmündigung. Der Staat als Supernanny infantilisiert und demotiviert die Bürger. 76 Seit der europäischen Aufklärung sind

Münkler, Herfried: Die neuen Kriege. Hamburg 2003 hier nach der Ausgabe der Büchergilde Gutenberg (2003) p.17; Baser, Bahar: Diasporas and Homeland Conflicts. A Comparative Perspective. Ashgate, UK 2015

<sup>&</sup>lt;sup>72</sup> FAZ 11. April 2016 p.5

<sup>&</sup>lt;sup>73</sup> Die Welt Online (11.9. 2020): 80 Personen fahren schwarz Bahn – und pöbeln die Schaffnerin an. <a href="https://www.welt.de/vermischtes/article215486456/80-Personen-ohne-Fahrschein-im-Zug-Poebelei-bei-Kontrolle.html">https://www.welt.de/vermischtes/article215486456/80-Personen-ohne-Fahrschein-im-Zug-Poebelei-bei-Kontrolle.html</a>

<sup>&</sup>lt;sup>74</sup> Reinhard, Wolfgang: Lebensformen Europas. Eine historische Kulturanthropologie. München (Beck) 2004 p.309

<sup>&</sup>lt;sup>75</sup> Die Unterscheidung von paternalistischem und kompetitivem Rassismus stammt von Woodward, C. Vann: American Counterpoint. Slavery and Racism in the North-South Dialog. Boston, Toronto 1971

<sup>&</sup>lt;sup>76</sup> Zum staatlichen Paternalismus vgl. Le Grand, Julian; New, Bill: Government Paternalism. Nanny State or

die Gefahren staatlicher Willkür bekannt, wenn der Staat die Bürger beglücken will. Wir müssen also nicht auf das Konzept der Biomacht Foucaults oder Agambens "homo sacer" rekurrieren, um die düsteren Möglichkeiten des Nanny-Staates zu sehen. Feldman betont in Anlehnung an Foucault und Agamben die terroristischen Möglichkeiten staatlicher Entmündigung.

"Regardless of the subjects' quality of life, they do not play constituent roles in the polities that they inhabit per the second sovereign form. They are there to be acted upon – to be saved, damned, or ignored. These diverse results speak to Foucault's point that biopower is capable of saving or destroying entire populations with mere technical decisions."<sup>77</sup>

Wir sehen z.Z. das beklagenswerte Bild moderner Staaten, die einerseits unfähig oder unwillig sind, originäre Staatsaufgaben wie die Regulierung des Finanzsystems, Erhaltung der Infrastruktur etc. zu garantieren. Andererseits wird mit unsinniger Belehrungs- und Regulierungswut in das Leben der Bürger eingegriffen. Schon die Unsicherheit um zukünftige Abgasnormen macht den Autokauf für einen Normalverdiener zu einem unkalkulierbaren finanziellen Risiko. Das führt zur Frustration und zu Ohnmachtsempfindungen, die ein Grund für die Wutreaktionen etwa der Pegidaanhänger sind.

Eine klassische Fehlentscheidung des paternalistischen Staates ist die uferlose Ausweitung doppelter Staatsbürgerschaften. Die meisten Eingebürgerten behalten weiterhin den Pass des Herkunftslandes.<sup>78</sup> Die doppelte Staatsbürgerschaft dient eher der Verschleierung der Ausländerkriminalität als der Integration. Das zeigen Daten aus der Schweiz, wo diese Tatsachen erfasst und in der Presse nicht verschwiegen werden. Auf 100.000 Einwohner der jeweiligen Nationalität berechnet, gibt es in der Schweiz in Fällen schwerer Sexualdelikte 32 beschuldigte Schweizer, 354 Tunesier, 196 Marokkaner, 280 Algerier, 252 Iraker und 100 Syrer.<sup>79</sup> Kann man ernsthaft behaupten, die Angabe der nationalen Herkunft sei bei diesen Zahlen irrelevant?

Aufschlussreich sind die Fakten im Zusammenhang mit den Silvesterunruhen zum Jahreswechsel 2022/23 in Berlin. Es gab 145 vorläufige Festnahmen, unter denen nach ersten Angaben 45 Deutsche gewesen sein sollen. Unter diese 45 Personen besaßen allerdings elf noch eine weitere Staatsbürgerschaft. Die Verteilung: drei hatten die türkische, zwei die libanesische und jeweils eine Person hatte eine tunesische, rumänische, jordanische, irakische sowie französische Staatsbürgerschaft zusätzlich zur deutschen. Das ergibt addiert zehn Personen, mithin herrschte bei einem weiteren doppelten Staatsbürger Unklarheit. Übrig blieben noch 34 deutsche Staatsbürger. Nicht ermittelt wurde, wie viele davon einen sog. Migrationshintergrund Dieser Status wurde vom Statistischen Bundesamt definiert. Einen Migrationshintergrund hat, wer ohne deutsche Staatsbürgerschaft geboren wurde und/oder Eltern hat, die ohne deutschen Pass geboren wurden. Um Diskriminierungen zu vermeiden gibt es offenbar Bestrebungen, den Migrationshintergrund bei Straftätern zu verschweigen. 80 Der Migrationshintergrund ist also nicht gleichzusetzen mit den migrantischen Wurzeln und den migrantischen Hintergründen, auf denen Aktivisten (m. w. div.) mit Nachdruck beharren, um ihre Identität zu betonen. Sie werden sich weiterhin erfolgreich in den Medien beschweren und über ihre vermeintliche Unterdrückung jammern können. Das ideologische Antifa – Getöse um

Helpfull Friend? Princeton University Press 2015 Die Autoren zeigen die Probleme auf, stehen aber den paternalistischen Eingriffen weniger ablehnend gegenüber als der Autor dieser Zeilen.

<sup>&</sup>lt;sup>77</sup> Feldman (2019) p. 29

<sup>78</sup> https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-08/staatsbuergerschaft-einbuergerung-pass-reisepass

<sup>&</sup>lt;sup>79</sup> Tagesanzeiger (Schweiz) Online 10.1. 2016

<sup>&</sup>lt;sup>80</sup> Leubecher, Marcel: Silvester – Gewalt – Viertel der deutschen Festgenommenen hat Doppelpass. in: Welt Online (8. Januar 2023)

https://www.de/welt.de/poilitik/deutschland/article243061433/Silvester-Gewalt-Viertel-der-deutschen-Festtgenommenen-hat-Doppelpass.html

die vermeintliche Ausländerfeindlichkeit der Deutschen widerspricht der Alltagserfahrung, dem gesunden Menschenverstand und den Tatsachen. Das lässt sich auch durch Zahlen belegen, wie Marel Leubecher in der Tageszeitung "Welt" recherchiert hat.<sup>81</sup>

#### c. Der verzerrte öffentliche Diskurs

Eine klare Feststellung sei vorangestellt: Wirtschaftliche Motive, so verständlich und legitim sie auch sein mögen, sind kein Asylgrund. Politisch Verfolgte im Sinne des Asylrechts sind eine kleine Minderheit, denen wegen der Masseneinwanderung oft nicht angemessen geholfen wird. Für sie ist auch Deutschland kein wirklich sicheres Land, weil die Tentakel russischer, türkischer und anderer Geheimdienste sie auch hier erreichen können. Der Verfassungsrichter a.D. Hans-Jürgen Papier bringt es in einem Interview auf den Punkt:

"Es handelt sich vielfach um illegale, rechtswidrige Migration, für die das Asylrecht zweckentfremdet als Türöffner dient."<sup>82</sup>

Dabei ist es selbstverständlich nicht illegitim, durch Migration eine wirtschaftliche Besserstellung zu suchen. Es besteht lediglich kein Rechtsanspruch, sich beliebig in einem Land seiner Wahl niederzulassen. Nach dem Gesetz der großen Zahl verhalten sich die meisten Migranten durchaus rational. Die Migration aus wirtschaftlichen Motiven eröffnet in aller Regel gute Chancen, das bisherige Einkommen zu vervielfältigen. Wer auf Grund seiner Ausbildung und Qualifikation erwarten kann, sich in den oberen Schichten der Gesellschaft zu etablieren, wird es vorziehen, in Staaten mit höherer sozialer Ungleichheit und starker sozialer Mobilität (z.B. die USA) einzuwandern. Das Gegenteil gilt für Menschen mit geringerer Qualifikation, die damit rechnen, die unteren Schichten des Gastlandes zu bereichern. Für reiche Länder die egalitär ausgerichtet sind und eine umfassenden soziale Fürsorge garantieren, gilt:

"...they will tend to attract lower-skilled migrants who generally expect to end up in the bottom parts of the recipient countries' income distributions. Thus, having a more developed national welfare state could have the perverse effect of attracting migrants who are less skilled and can contribute less. "84

Das sind einfache Sachverhalte. Sie liegen auf der Hand, haben aber im ideologischen Dunst der deutschen Öffentlichkeit wenig Chancen zur Kenntnis genommen zu werden. Die öffentlichen Debatten über Zuwanderung, Ausländerpolitik und die damit verbundenen Probleme und Chancen sind ideologisch aufgeladen, polarisierend und von typologischem Denken beherrscht. In den öffentlich rechtlichen Medien werden Zuwanderer in der Regel pauschal als Bereicherung gesehen, was sie nicht sind. Multikulturelle Folklore wird zu Wert an sich; die Realität spielt keine Rolle. Mit diesen Parolen wird ein pseudoprogressives Lager

<sup>&</sup>lt;sup>81</sup> Leubecher, Marcel: Deutsche werden häufiger Opfer von Zuwanderern als umgekehrt. in: Welt Online 12. November 2023

 $<sup>\</sup>underline{https://www.welt.de/politik/deutschland/plus 248468238/Kriminal statisik-Deutche-werden-haeufliger-Opfervon-Zuwanderern-als-umgekehrt.html}$ 

<sup>82</sup> Hans-Jürgen Papier im Interview mit Thorsten Jungholt und Jaques Schuster in: Welt Online 25.11. 2023 Https://www.welt.de/politik/deutschland/plus248702418/Hans-Jürgen-Papier-Asylrecht-dient-zweckentfremdet-als-Tueroeffner-fuer-illegale-recht...

<sup>83</sup> Milanovic (2016) p.134

<sup>84</sup> Milanovic (2016) p.135

bedient, in dem der Glaube herrscht: Wir sind die Guten und Klugen, die anderen sind rechtsradikal und dumm. Im rechten Lager überwiegt spiegelbildlich undifferenzierte Ablehnung, reale Probleme werden pauschalisiert. Zuwanderer werden grundsätzlich als Bedrohung wahrgenommen, was sie mit Sicherheit nicht sind. Auf den penetrant belehrenden und moralisierenden Ton in den Medien wird mit dumpfer Ablehnung reagiert.

Es mag ein Einzelfall sein, aber vielleicht doch symptomatisch für die abwegigen Vorstellungen, die in Deutschland verbreitet sind, was Boris Novak, Vizechef der Deutschen Polizeigewerkschaft in Berlin berichtet:

"Vor einer Moschee habe ich einmal eine Schlägerei aufgenommen. Es war eine Gruppe von Menschen mit ägyptischem Migrationshintergrund. Die fünf Täter allerdings hatten einen deutschen Pass, das Opfer einen ägyptischen. Da bekam ich in der Dienststelle den Hinweis, ich müsse den Vorfall dem Staatsschutz melden. Es könne rassistische Motive geben, weil die Täter ja Deutsche gewesen seien."85

Diese denkwürdigen Vorfall mag man belächeln, aber ein ideologisch – hysterischer Antifa Aktionismus kann auch unmittelbar weitreichende Folgen haben. Ein Beispiel: Seit dem 9. Juni 2021 wird gegen 20 SEK Beamte, das ist eine Sondereinheit der hessischen Polizei, ermittelt. Der Vorwurf: Sie seien an rechtsextremen Chats beteiligt gewesen. Zudem sollen zwei Dateien mit kinderpornografischem Material geteilt worden sein. Die Presse berichtet. In Rundfunk und Fernsehen wird der Eindruck verbreitet, man habe in einer Spezialeinheit der Polizei ein rechtsextremes Netzwerk aufgedeckt. Der übliche inkompetente Polit-Aktivismus nimmt seinen Lauf. Es geht nicht um rechtsstaatliches Prozedere, sondern um öffentiche Inszenierung und Denunziation.

-Am 9. Juni 2021 werden 70 SEK Beamte zum Gespräch zitiert. Diejenigen, gegen die ermittelt wird, müssen bleiben. Die anderen können gehen. Auf ihren Smartphones lesen die Beklagten heimlich die zuvor schon veröffentlichte Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft. Es stand ein Überfallkommando bereit, weil man einen Tumult unter den beschuldigten Beamten befürchtete.

-Die parlamentarische Opposition tobt erwartungsgemäß und fordert den Rücktritt von Innenminister Peter Beuth (CDU).

-Dieser löst in einer Panikreaktion am Folgetag die gesamte Spezialeinheit auf. Keinem der Beschuldigten war zu diesem Zeitpunkt ein strafbares Verhalten nachgewiesen worden. Dennoch verkündet Beuth, "keiner der Beschuldigten … werde je wieder für eine Spezialeinheit im Lande aktiv werden." Ein merkwürdiges Verständnis von Rechtsstaatlichkeit in der Tat.<sup>86</sup>

Faktisch ist mit diesem Ablauf der Ereignisse eine Vorverurteilung und öffentliche Diffamierung der Beschuldigten verbunden. Eine Unschuldsvermutung gibt es nicht. Audiatur et altera pars! Es ist dem Redakteur der Welt, Lennart Pfahler, zu verdanken, dass die Beschuldigten zu Wort kommen konnten. Das geschah unter konspirativen Bedingungen, weil die Polizisten befürchteten, der Kontakt zur Presse könnte ihre Polizeikarriere endgültig beenden, falls er bekannt würde. Am Montag vor der Vorladung, als die Suspendierung der Beamten schon beschlossene Sache war, wurden sie noch zu einem gefährlichen Einsatz geschickt. Was steckt aus der Sicht der Beschuldigten hinter den Vorwürfen?

\_

November 2018) p.02 <a href="http://www.spiegel.de/panorama/justiz/kriminelle-migranten-was-sagen-polizisten-und-wie-ist-das-einzuschaetzen-a-1237348-druck.html">http://www.spiegel.de/panorama/justiz/kriminelle-migranten-was-sagen-polizisten-und-wie-ist-das-einzuschaetzen-a-1237348-druck.html</a>

<sup>&</sup>lt;sup>86</sup> Zitat und alle inhaltlichen Angaben aus Pfahler, Lennart: "Am Montag noch im Einsatz. Am Mittwoch sind wir dann die schlimmen Nazis." in: Welt Online 18.8. 2021 Alle Bewertungen sind meine eigenen. <a href="https://www.welt.de/politik/plus233182381/SEK-Am-Montag-noch-im-Einsatz-Am-Mittwoch-sind-wir-dann-die-schlimmen-Nazis.html">https://www.welt.de/politik/plus233182381/SEK-Am-Montag-noch-im-Einsatz-Am-Mittwoch-sind-wir-dann-die-schlimmen-Nazis.html</a>

<sup>87</sup> Pfahler, "Welt" 18.8. 2021 Blatt2

-Von 10,000 Beiträgen in einer Chatgruppe stuften die Ermittler nur 24 als ,potenziell strafbewehrt' ein."88

59

-Ein Beschuldigter machte Witze über Schwarze, ist aber selber schwarz.

-Zur Volksverhetzung: "Darunter ist ein satirischer Text über den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, ein Bild einer Afri-Cola-Flasche, auf die statt "Afri" der im Polizeijargon lange gängige Term "Nafri" montiert wurde, also "Nordafrikaner" oder "nordafrikanischer Intensivtäter". Die Staatsanwaltschaft sieht darin Volksverhetzung. Als ein Beamter schreibt, dass sein Heimflug nach Deutschland aus dem Ägypten-Urlaub gestrichen worden sei, kommentiert ein anderer: Warum fährst du in so ein Affenland?" Auch hier: Volksverhetzung. Ein Vorgesetzter, der den Vorfall in der Chatgruppe unkommentiert lässt, wird ebenfalls abgestraft. Der Vorwurf: Strafvereitlung im Amt."

Die Kinderpornos: "Es geht um zwei Videos von wenigen Sekunden Länge. Laut einem Bericht der "Bild" ist in einem ein Junge zu sehen, der sich während einer Schulstunde unter seinem Tisch selbst befriedigt und von der Lehrerin ermahnt wird. Der zweite Clip zeige mehrere Männer, die sich an einer Ziege oder einem Esel vergehen. Eine der Personen sei als minderjährig eingestuft worden." <sup>90</sup>

Mir selbst kam in meinen letzten Dienstjahren u.a. ein Fall von Oralverkehr in einem Fachsaal zu Ohren, den eine couragierte Fachkraft nicht wie üblich unter den Teppich kehrte, sondern publik machte. Wegen der hohen Medienkompetenz heutiger Schülerinnen und Schüler werden solche Vorfälle oft unmittelbar gepostet. Über die psychosozialen Folgen für die Beschuldigten und ihre Familien wurde kaum berichtet. Davon betroffen waren auch die Kinder der Polizisten. Sie wurden in der Schule gemobbt. Freunde kamen nicht zum Kindergeburtstag etc. Hier ist die Gutmenschen-Propaganda weniger sensibel. Man müsste ja Rechenschaft ablegen, wozu blinder Aktivismus führen kann. Es ist das Verdienst der "Welt" und ihres Redakteurs darauf hingewiesen zu haben.

#### d. Gibt es ein öffentliches Erwachen?

Populistischer Aktivismus löst keine Probleme und sabotiert rechtsstaatliche Verfahren. Durch Verschweigen der Fakten wird das Ziel der Integration nicht erreicht. Viele Jahre hindurch wurden die hier angesprochenen Fakten nicht öffentlich gemacht oder beschönigt. Aufgeschreckt durch die Wahlerfolge der AFD ist man plötzlich aufgewacht. Wer auf die hier verhandelten Verhältnisse hinweist, wird nicht mehr so leicht automatisch in eine rechte Ecke gedrängt. Das war in der Vergangenheit die reflexhaft gängige Praxis in den Medien. Constanze von Bullion wirft in der "Süddeutschen Zeitung" einen Blick auf eine Realität, deren Erwähnung früher eher als politisch unkorrekt galt. "Die größten Kritiker der Elche waren früher selber welche," sage Robert Gernhard, wenn ich mich nicht irre.<sup>91</sup>

<sup>88</sup> Pfahler "Welt" 18.8. 2021 Blatt 6

<sup>89</sup> Pfahler "Welt" 18.8. 2021 Blatt 4

<sup>90</sup> Pfahler "Welt" 18.8. 2021 Blatt 6

<sup>&</sup>lt;sup>91</sup> Die ironische Bemerkung gilt nicht der Autorin, sondern der Zeitung.

"Sie verschieben Drogen und Autos quer durch Europa, leben von Nötigung, Raub und Einschüchterung, machen im Kiez auf dicke Hose, fahren schicke Wagen: Und trotz Stütze vom Staat kaufen sie begehrte Immobilien, ganz legal. Die Rede ist von kriminellen Clans libanesischen, kurdischen oder türkischen Ursprungs. Sie leben seit Jahrzehnten in Deutschlands Städten, sozusagen als wandelnder Beleg für eine verweigerte und gescheiterte Einwanderungspolitik. Jetzt will Berlin gegen Clankriminalität mobilisieren, bundesweit. Recht so und höchste Zeit."92

Höchste Zeit oder nicht doch schon zu spät? Zugegeben: In letzter Zeit gibt es spektakuläre Maßnahmen wie Razzien und Wohnungsdurchsuchungen gegen kriminelle Clans. Die FAZ spricht von einem "Paradigmenwechsel im Umgang mit Clan-Kriminalität."<sup>93</sup> Allerdings sind die Möglichkeiten der Ermittler durch fragwürdige Datenschutzregeln begrenzt. Das kann zu einem absurden Arbeitsaufwand führen. Ein Beispiel: Angehörige des Al-Zein-Clans lebten in einer Luxusvilla in Leverkusen. Gegen einige wird wegen Sozialleistungsbetrug ermittelt. Ob sie immer noch Leistungen erhalten, könne man nicht sagen, weil die Jobcenter aus Gründen des Datenschutz keine Auskunft erteilen dürfen. <sup>94</sup> Reale Erfolge der Polizei zeigen auch die Dimension der Bedrohung. 67 Verdächtige mit acht verschiedenen Nationalitäten, darunter 44 Syrer, sollen ab 2016 ein illegales Hawala-Banking-System betrieben haben. Als "Friedensrichter" fungierte ein 39-jähriger Syrer, der im Verdacht steht, der islamistischen Terrorgruppe Al-Nusra-Front anzugehören. Er soll seine Kampftruppe als Inkasso-Schlägertruppe ins Land gebracht haben. Die Sanktionsmaßnahmen wurden durch verdeckte Ermittler abgehört:

"Beim ersten Mal zusammenschlagen, beim zweiten Mal verstümmeln, und beim dritten Mal sollte er umgebracht werden."95

Vermögenswerte zweifelhafter Herkunft wurden beschlagnahmt. Mieteinnahmen aus beschlagnahmten Wohnungen fließen aber nach deutschem Recht weiter an die Verdächtigen. Es geht um sehr viel Macht und Geld. Der Migrationsforscher Ralph Ghadan wurde unter Polizeischutz gestellt. Er wird in einer klaren Machtdemonstration von Clan-Mitgliedern bedroht (2019). Die Beschuldigten werden alle Rechtsmittel ausschöpfen. Ihre Anwälte, darunter in der Vergangenheit auch Rüdiger Portius, der Ehemann der Grünen – Politikerin Renate Künast, stehen schon in den Startlöchern. Erst die Prozessergebnisse werden zeigen, ob es nicht doch schon zu spät ist und sich der Rechtsstaat einmal mehr als Papiertiger erweist. Dystopische Bedrohungsszenarien sind längst von der Wirklichkeit eingeholt worden. Man spürt es an der Abstumpfung und am nachlassenden öffentlichen Interesse angesichts des selbstbewussten Agierens ausländischer Verbrecherbanden. Am Mittwoch, dem 18. September 2019, wurde der vierundvierzig-jährige Rechtsanwalt Derk Wiersum morgens gegen 7.30 Uhr

\_

<sup>&</sup>lt;sup>92</sup> Bullion, Constanze von: Belege für eine gescheiterter Einwanderungspolitik. In: "Süddeutsche Zeitung" 13. Juni 2019 p.1 <a href="https://www.sueddeutsche.de/politik/kriminelle-clans-einwanderung-1.4485274">https://www.sueddeutsche.de/politik/kriminelle-clans-einwanderung-1.4485274</a>

<sup>&</sup>lt;sup>93</sup> Burger, Reiner: Erstes Lagebild zur "Clan – Kriminalität" wird vorgestellt. FAZ Online 14. Mai 2019 p.2 <a href="https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/erstes-lagebild-zur-clan-kriminalitaet-fuer-nrw-wird-vorgestellt-16186344.html">https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/erstes-lagebild-zur-clan-kriminalitaet-fuer-nrw-wird-vorgestellt-16186344.html</a>

<sup>&</sup>lt;sup>94</sup> Welt online: Clan-Angehörige wohnen immer noch in Leverkusener Luxus-Villa <a href="https://www.welt.de./regionales/nrw/article234069532/Leverkusen-Clan-Angehoerige-wohnen-imer-noch-in-einer-Luxus-Villa.html">https://www.welt.de./regionales/nrw/article234069532/Leverkusen-Clan-Angehoerige-wohnen-imer-noch-in-einer-Luxus-Villa.html</a>

<sup>95</sup> Welt online: Waffen, Luxusautos, Bargeld – Das fand die Polizei bei einer Großrazzia. https://www.welt.de/vermischtes/article234262208/NRW-Waffen-Luxusautos-Bargeld-Polizei-gelingt-mit-Razzia-Paukenschlag.html

<sup>&</sup>lt;sup>96</sup> Burger, Reiner: Alarmstufe Clan. In: FAZ Online 12. Mai 2019 p.2
<a href="https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommentar-alarmstufe-clan-die-falsch-verstandene-toleranz-16182220.html">https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kommentar-alarmstufe-clan-die-falsch-verstandene-toleranz-16182220.html</a>

<sup>97</sup> Heise; Meyer Heuer (2020) p.37

vor seinem Haus erschossen. Er hinterlässt eine Frau und zwei Kinder. Als Anwalt vertrat er Nabil Bakkali, den Kronzeugen in den Ermittlungen gegen die kriminelle Organisation der flüchtigen Schwerverbrecher Ridouan Taghi und Said Razzouli. Nabil Bakkali hat als Reaktion auf den Mord seine Schutzvereinbarung mit der Ermittlungsbehörde (het openbaar Ministerie) teilweise widerrufen. Das war bereits der zweite Mord im Zusammenhang mit seinen Aussagen als Kronzeuge. Schon zuvor wurde sein Bruder, der in keine kriminellen Aktivitäten verstrickt war, in seinem Büro erschossen. Außerhalb der Niederlande hat das Verbrechen an Wiersum und das Verfahren gegen Ridouan Tagi zunächst kein großes Echo in den Medien gefunden. Der Gemeinderat von Amsterdam hat die Botschaft hinter dem Mord an Derk Wiersum verstanden und ausgesprochen:

"Von der Tat geht das Signal aus, dass keiner, der für einen Kronzeugen arbeitet, sicher ist. Das kommt dem Strafprozess in Amsterdam nicht zu gute."98 (meine Übersetzung)

Ridouan Tagi steht inzwischen vor Gericht. Das Verfahren sollte am 28. Juni 2021 fortgeführt werden. Dem Kronzeugen Nabil Bakkali wurde zugesagt, sein Strafmaß von wahrscheinlich 24 Jahren werde auf zwölf Jahre reduziert. Er fordert die Sicherheit seiner Person und die seiner Familie müsse besser geregelt werden, bevor er als Kronzeuge auftreten werde. Die Sicherheit seiner Familie sei ihm wichtiger, als die Absprache mit dem Staat. <sup>99</sup> Sein Anwalt, der unter strengem Schutz steht, gab bekannt, Nabil Bakkali könne aus gesundheitlichen Gründen nicht aussagen. <sup>100</sup> Bei dem gesamten Fall handelt sich um eine bewusste Herausforderung des Rechtsstaats, und sie geht weiter. Said Razzouli wurde Anfang des Jahres 2020 in Medellin, Kolumbien verhaftet. Im Juli 2021 steht er kurz vor seiner Auslieferung an die Niederlande. Das Verfahren gegen Tagi sollte am 28. Juni 2021 fortgeführt werden. Dem Gericht wirft er vor, sein Urteil stünde schon fest, da könne man es ihm auch gleich mitteilen. Die Anklage teilt ihrerseits mit, es gebe keinen Grund an den Einlassungen von Nabil Bakkali zu zweifeln. <sup>101</sup> Taghi wurde im Februar 2024 zu lebenslanger Haft verurteilt.

Der Mordanschlag auf den Journalisten Peter R. de Vries fand auch in Deutschland ein breites Medienecho. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Mord im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Ridouan Taghi steht. Der Journalist war offenbar eine Vertrauensperson von Nabil Bakkali, dessen Zweifel an seiner Sicherheit wegen des Mordes wohl bestärkt wurden. Einer der mutmaßlichen Attentäter, Delano G., gehörte zum Umfeld Taghis. Das Ausmaß der Bedrohung durch die organisierte Kriminalität wird durch die extremen

<sup>98 &</sup>quot;Dit geeft het signaal dat niemand die voor een kroongetuige werkt, veilig is, wat het strafproces in Amsterdam niet ten goede komt." Tobias den Hartog; Rutte en Dekker: Liquidatie zeer verontrustend. in: De Gelderlander 18.9 2019

 $<sup>\</sup>underline{https://www.gelderlander.nl/binnenland/rutte-en-dekker-liquidatie-zeer-verontrustend-\underline{a767860b/?referrer=https://news.google.com/}$ 

Dazu auch: NU.nl: NCTV gaat onderzoek doen naar de moord op advocaat Derk Wiersum. <a href="https://www.nu.nl/binnenland/5994681/nctv-gaat-onderzoek-doen-naar-de-moord-op-advocaat-derk-wiersum.html">https://www.nu.nl/binnenland/5994681/nctv-gaat-onderzoek-doen-naar-de-moord-op-advocaat-derk-wiersum.html</a>

<sup>&</sup>lt;sup>99</sup> NO.NL: Problemen dreigen voor het strafproces tegen Ridouan T. (21.Juni 2021 <a href="https://www.nu.nl/marengo-proces/6140323/problenen-dreigen-voor-het-strafproces-tegen-ridouan-t.html?redirect=1">https://www.nu.nl/marengo-proces/6140323/problenen-dreigen-voor-het-strafproces-tegen-ridouan-t.html?redirect=1</a>

Tieleman, Yelle: Kroongetuige Nabil B. vanwege medische problemen niet in staat omverklaringen af the leggen. (AD.NL 21.Juni 2021

 $<sup>\</sup>underline{https://www.ad.nl/binnenland/kroongetuige-nabil-b-vanwege-medische-problemen-niet-in-staat-om-\underline{verklaringen-af-te-leggen-a8435cac/}$ 

<sup>101</sup> NU.nl 8. Juni 2022: "Het vonnis heeft u al in uw binnenzak. Dat kunt u ook hier voren trekken." <a href="https://www.nu.nl/marengo-proces/6205373/ridouan.t.tegen-rechter-trek-vonnis-maaruit-binnenzak-kan-ik-op-cel-blijven.html">https://www.nu.nl/marengo-proces/6205373/ridouan.t.tegen-rechter-trek-vonnis-maaruit-binnenzak-kan-ik-op-cel-blijven.html</a>

<sup>&</sup>lt;sup>102</sup> Gutschker, Thomas: Neue Spur führt ins Umfeld von Ridouan Taghi. in: FAZ Online 9. Juli 2021 <a href="https://www.faz.net/aktuell/anschlag-auf-de-vries-neue-spur-fuert-zu-drogenboss-ridouan-taghi-17429758.html">https://www.faz.net/aktuell/anschlag-auf-de-vries-neue-spur-fuert-zu-drogenboss-ridouan-taghi-17429758.html</a>

Sicherheitsmaßnahmen im Prozess gegen die mutmaßlichen Mörder Kamil E. und Delano, G. verdeutlicht.

"Alle 88 Zeugen bleiben anonym, die Namen der Staatsanwälte dürfen nicht genannt werden."<sup>103</sup>

Am 12. Juni 2024 wurden Delano G. und Kamil E. zu je 28 Jahren Haft verurteilt. Ein weiterer Haupttäter, Krystian M. erhielt eine Haftstrafe von 26 Jahren.

Mittlerweile macht sich die Erkenntnis breit, dass die Gesellschaft insgesamt von der organisierten Kriminalität bedroht ist. Dirk Schümer zitiert in der Zeitung "Die Welt" der Kriminologen Cyrille Finaut:

"In den letzten 25 Jahren ist die organisierte Kriminalität umfangreicher, organisierter, gewalttätiger, profitabler, korrupter, vernetzter und grenzüberschreitender Geworden."<sup>104</sup>

Solche Herausforderungen hat man in Dänemark angenommen und darauf reagiert. Rivalisierende Rockerbanden und später ausländische Clans agierten wie im Rest Europas ad libitum und führten den Rechtsstaat vor. Um dem zu begegnen, hat man zuerst einmal die Ausnahmesituation festgestellt und zwischen Bandenkriminalität und individueller Kriminalität unterschieden. Gewaltverbrechen aus dem Bandenmilieu werden im Vergleich zu Individualverbrechen mit einer doppelt so hohen Haftstrafe belegt. Gewaltverbrechen in festgelegten urbanen Strafzonen werden pauschal mit der doppelten Strafe belegt. Die drakonischen Maßnahmen führten dazu, dass Integrationsprogramme in Kooperation mit den muslimischen Gemeinden angenommen wurden. 105 Mittelfristige soziale Programme sind Teil der Strategie. Die dänische Politik zeigt reale Erfolge, vergleicht man sie mit den Verhältnissen in Schweden. Die harten Maßnahmen sollte man aber als das sehen, was sie sind: notwendige Sondermaßnahmen. Dauerhaft können sie nicht ohne Schaden für alle zur Grundlage des Rechtsstaats gemacht werden. Aus rechtsstaatlichen Erwägungen heraus problemlos ist die restriktive Einwanderungspolitik Dänemarks. Sie bewirkt keine Wunder, die auch niemand erwartet. Sie zeugt von Lernfähigkeit, Flexibilität und gesundem Menschenverstand. Es werden einfache Wahrheiten ausgesprochen, die Grundlagen der Politik sind. In Deutschland würden sie einen Sturm der moralischen Entrüstung hervorrufen. Innen- und Wohnungsminister Kaare Dybvad Bek von der sozialdemokratischen Partei stellt in einem Interview einfache Fakten fest:

"-Die Menschen, die gut verdienen, die in guten Gegenden leben, sind nicht die, die unter unregulierter Migration leiden. Es ist die Arbeiterklasse."

-,,Ja definitiv," lautet seine Antwort auf die Frage, ob er meine, "ein starker sozialer Wohlfahrtstaat und offene Grenzen passen nicht zusammen."

<sup>&</sup>lt;sup>103</sup> Spiegel Online 7. Juni 2022 <a href="https://www.spiegel.de/panorama/justitz/niederlande-prozessbeginn-im-mordfall-peter-r-de-vries-ich-war-nurder-fahrer-a-f6526673-be8b-495b-92...">https://www.spiegel.de/panorama/justitz/niederlande-prozessbeginn-im-mordfall-peter-r-de-vries-ich-war-nurder-fahrer-a-f6526673-be8b-495b-92...</a>

<sup>&</sup>lt;sup>104</sup> Schümer, Dirk: Niederländische Bürgermeister fordern radikale Änderung der Drogengesetzgebung in: Die Welt Online <a href="https://www.Welt.de/politik/ausland/article232426307/Mordanschlag-auf-Journalisten-Niederlaendische-Bürgermeister-fordern-radikale-">https://www.Welt.de/politik/ausland/article232426307/Mordanschlag-auf-Journalisten-Niederlaendische-Bürgermeister-fordern-radikale-</a>

<sup>&</sup>lt;sup>105</sup> Alle Sachangaben aus Weisse, Uta: Dänemarks knallharter Weg gegen die Bandenkriminalität. in: Welt Online

<sup>14.9. 2020 &</sup>lt;a href="https://www.welt.de/politic/ausland/plus215648754/Organisierte-Kriminalitaet-Daenemarks-knallharter-Weg-gegen-Bandenkriminalitaet.html">https://www.welt.de/politic/ausland/plus215648754/Organisierte-Kriminalitaet-Daenemarks-knallharter-Weg-gegen-Bandenkriminalitaet.html</a>

"Wenn Sie 45 Prozent Ihres Einkommens für Steuern ausgeben und dafür eine große Auswahl an Sozialleistungen erwarten, dann brauchen Sie ein hohes Maß an Solidarität und Verständnis zwischen den Menschen. Das geht nicht, wenn jede Gruppe unter sich bleibt."<sup>106</sup>

In Frankreich ist der Laizismus Verfassungsprinzip. Das hat nicht verhindert, dass der radikale Islamismus in großen Teilen der moslemischen Bevölkerung tief verankert ist. Dabei handelt es sich keineswegs nur um sozial marginalisierte Schichten. Die häufigen Attentate und heimtückischen Morde durch islamistische Gewalttäter erfordern eine Reaktion. Auf klaren staatlichen Druck hin hat der Rat der französischen Moslems (Conseil français du culte musulman –CFCM-) eine Grundsatzcharta verfasst. In ihr werden grundlegende demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien für alle islamischen Verbände festgelegt. Das Dokument richtet sich gegen den radikalen Islamismus:

- -Religiöse Überzeugungen stehen nicht über den Gesetzen der Republik.
- -Antisemitismus, Homophobie sowie frauenfeindliche Propaganda und Praktiken werden abgelehnt.
- -Bei Gebetsversammlungen dürfen keine Konflikte in anderen Weltgegenden propagandistisch erörtert werden.
- -Ausländische Einmischung in die religiöse Belehrung und Unterrichtung wird abgelehnt.

Das sind im Grunde Selbstverständlichkeiten, die der Rechtstaat durchsetzen muss. Bislang haben aber nur fünf der insgesamt acht islamischen Verbände die Charta anerkannt. Das sind wenigstens einmal klare Worte. Wie sich die Lage weiterentwickeln wird, bleibt abzuwarten. Gut gemeinte Verlautbarungen werden jedenfalls die Lage so schnell nicht entschärfe. Derzeit stehen 35 Personen in Frankreich unter staatlichem Schutz, weil sie von Islamisten bedroht werden. Der algerisch-französische Journalist Mohamed Sifaoui lebt seit 19 Jahren mit der Bedrohung. Der französische Privatsender M6 strahlte am 23. Januar 2022 eine Reportage über den Islamismus in Marseille und in der nordfranzösischen Stadt Roubaix aus. Die Moderatorin Orpélie Munnier und ihr Berater, der Jurist Amine Elbahi erhielten unmittelbar nach der Sendung Morddrohungen und stehen unter Polizeischutz. 109

Wenn es um kriminelle Clans und religiöse Fanatiker geht, sollte man auch folgendes bedenken: Es gibt auf diesem Planeten kein vorwiegend islamisch geprägtes Land, in dem einfachste Ansätze von Gewaltenteilung und unabhängiger Justiz gewährleistet sind, von Demokratie ganz zu schweigen. Eine Ausnahme ist die kurdische YPG, die auf dem von ihr kontrollierten Gebiet gegen eine Welt von Feinden und falschen Freunden zivile Verwaltungsstrukturen, Religionsfreiheit und die Gleichberechtigung der Frauen unter den Bedingungen einer von außen aufgezwungenen Militärdemokratie durchgesetzt hat. Es bedarf keines besonderen Weitblicks, um zu verstehen, dass diese Umstände die politische Sozialisation und das Rechtsempfinden vieler Menschen prägen. Das gilt auch für die Türkei und galt auch schon

 <sup>106</sup> Turzer, Caroline: "Offene Grenzen und sozialer Wohlfahrtsstaat passen nicht zusammen" in: Welt-Online 27.
 12. 2021 <a href="https://www.welt.de/politik/ausland-plus235784476/Daenemarks-Innenminister-Offene-Grenzen-und-sozialer-Wohlfahrtsstaat-passen-nicht-zusam...">https://www.welt.de/politik/ausland-plus235784476/Daenemarks-Innenminister-Offene-Grenzen-und-sozialer-Wohlfahrtsstaat-passen-nicht-zusam...</a>

Wesfreid, Marcelo: Charte des principes pour l'islam: Marcron obtient in extremis un "engagement clair, net et

précis". In: Aujourd'hui en France. 19. Januar 2021

<sup>&</sup>lt;sup>108</sup> Meister, Martina: Wer den Islamismus kritisiert, braucht Polizeischutz, in: Welt Online 9. Februar 2022 <a href="https://www.welt.de/politik/ausland/plus236770349/Frankreich-Wer-den-Islamismus-kritisiert-braucht-Polizeischutz..html">https://www.welt.de/politik/ausland/plus236770349/Frankreich-Wer-den-Islamismus-kritisiert-braucht-Polizeischutz..html</a>

Meister (2022); Altwegg, Jürgen: Von Islamisten mit em Tod bedroht. in: FAZ Online 5. Februar 2022
<a href="https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/islamiasten-bedrohen-journalistin-und-zeugen-des-senders-m6-mit-dem-tod-17780110.html">https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/islamiasten-bedrohen-journalistin-und-zeugen-des-senders-m6-mit-dem-tod-17780110.html</a>

vor der erratisch irrlichternden Politik R.T. Erdogans. Europaenthusiasten wollten und wollen womöglich immer noch dieses Land in die EU integrieren. Sie werden die Lage anders sehen und nur einige erzieherische Maßnahmen für nötig erachten. Damit sagen sie mehr über ihr Demokratieverständnis aus als über die politische Lage in der Türkei. Die doppelte Staatsbürgerschaft führt zu einer Entwertung des Bürgerrechts. Wie kann man zu einem freien, demokratischen Staat, der grundlegende Rechte im Sinne der Aufklärung garantiert, loyal sein und in gleicher Weise zu einem Staat, in dem dies grundsätzlich nicht der Fall ist?